

Wege für eine **Bäuerliche Zukunft**

BAUERNAUFSTÄNDE

Im Widerstand

Das Wunder von Mals

Vielfalt statt viel Macht

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-mail: office@viacampesina.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, Irmí Salzer,
Eva Schinnerl



Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner

Titelfoto: Alexander Gotter

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großbeersdorf

Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria

(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, David Jelínek, Florian Walter

Geschäftsleitung: Julianna Fehlinger

Sekretariat: Katherina Mergl

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.

Einzelpreis: Euro 5,-

Jahresabonnement: INLAND Euro 28,-
AUSLAND Euro 32,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):
Euro 38,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,-, Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält das Abonnement für die BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

40. JAHRGANG (2017)



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Unterdrücken. Unterwerfen. Ausbeuten. Damit werden herrschaftliche Strukturen geschaffen und aufrechterhalten. Und ein Machtgefälle definiert, dass diese Strukturen dauerhaft zu verankern sucht. Aber es regt sich Widerstand und Widerstandsbewegungen formieren sich. Wurzelt doch im Menschsein das Bedürfnis, frei zu sein und das eigene Leben autonom zu gestalten. Wie existenzbedrohlich Widerstand für den eigenen Hof sein kann, zeigt der Artikel über die IG-Milch. Es kann jedoch auch ein „Wunder“ geschehen, wie in der südtiroler Gemeinde Mals, wo sich die Bevölkerung gegen den enormen Pestizideinsatz in Apfelplantagen zur Wehr setzte. Die nächste Ausgabe hat das Thema „Bäuerinnen Begehren“. Redaktionsschluss ist 23. Oktober 2017.

*Mit aufständischen Grüßen aus der Redaktion
Eva, Irmí und Monika*



Foto: Eva Schinnerl



Diesmal finden sich die 55 Engerln aus allen Ausgaben der letzten elf Jahre zu einem spontanen Treffen zusammen. Aufgeregt rufen sie durcheinander „einfallsreich, sozial, eloquent, einsatzfreudig, fleißig, ausgleichend, kompetent, herzlich mit viel Sinn für Humor“. Damit meinen sie Irmí, und alle versprechen, sie auch weiterhin zu begleiten. Nur das Engerl der Nacharbeit sucht davor nach den vielen nächtlichen Überstunden um einen Erholungsurlaub an – am liebsten bei einer Biobäuerin.

Das Teufel geht in alter Tradition an den Herrn Lebenswertminister. Wieder einmal hielt er eine Konferenz zur Zukunft der Berglandwirtschaft ab, und wieder mal war außer viel heißer Luft nichts zu holen. Doch – das fünfgängige Menü, das Bschoadpockerl mit regionalen Produkten, selbstverständlich alles aus Steuergeld, für mehr als 100 Teilnehmer (und wenige -innen). Wieder mal entzückte Andrä R. mit Schmankerln aus seinem Leben. Wieder mal kamen die Expert*innen der BABF nicht zu Wort. Des Teufels Fazit: eine Beleidigung für die bäuerliche Intelligenz.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

KOMMENTAR

VON FLORIAN WALTER



... DASS WIR FREY SEIEN UND WÖLLEN SEIN ...

Im Jahr 1985 drangen aufständische Bauern in das Linzer Landhaus ein und warfen aus Protest gegen die drohende Zwangsenteignung im Zuge des Pyhrnautobahnbaus Akten aus den Fenstern. 1626 erschossen vom Dach jenes Landhauses Scharfschützen Stefan Fadinger, den Anführer des aufständischen Bauernheeres. Doch der Aufstand ging weiter.

1995 besetzten Bürger*innen, Aktivist*innen und Bäuer*innen die Kraftwerksbaustelle bei Stadl-Paura. Die Bagger gruben anderswo weiter und stießen in Sichtweite des herrschaftlichen Stiftes Lambach auf Skelette. Im Massengrab vor uns lagen sie – Bauern des Bauernaufstandes von 1626, hingemetzelt von bayrischen und habsburgischen Soldaten. Gegen die Aufständischen machten sie gemeinsame Sache.

Was aber wollten die Bauern? „Zum Fünften sind wir auch beschwert der Beholzung halber. Denn unsere Herrschaften haben sich die Hölzer alle alleine angeeignet, und wenn der arme Mann etwas bedarf, muss er es für doppeltes Geld kaufen ... Zum Zehnten sein wir beschwert, daß etlich haben ihnen zugeeignet Wiesen, dergleichen Äcker, die denn (eigentlich) einer Gemein zugehörend. Dieselbigen werden wir wieder zu unsern gemeinen Händen nehmen ...“ Landgrabbing anno 1525, festgehalten in den 12 Artikeln, den Forderungen der Bauern im Bauernkrieg, die als die erste Niederschrift von Menschen- und Freiheitsrechten in Europa gelten.

Revolutionen und eine „Bauernbefreiung“ später geraten blutig erkämpfte Errungenschaften der letzten Jahrhunderte ins Wanken. Unternehmen stehlen den



Kleinen das Land und sagen dazu Entwicklungshilfe. Neuer Großgrundbesitz entsteht. Wenn aber Grundbesitz zu immer ungerechterer Verteilung von Land führt: Sollten sich Kleinbäuer*innen nicht eher als Landbeschützer*innen wahrnehmen, denn als Landbesitzer*innen?

Auch die in totalitären Systemen übliche Gleichschaltung durch das Schaffen von Informationsmonopolen (ob Kammer, Raika oder Partei, alles aus demselben Brei) ist demokratiepolitisch unerträglich. Zwar ist heute der Grundherr nicht mehr gleichzeitig Richter über seine Untertanen, doch schon werden Freihandelsabkommen ausgeheckt, die eine private Paralleljustiz vorsehen, um erkämpfte Rechte auszuhebeln. Hoch lebe der freie Markt! Doch weh dem, der seine freie Milch auch selbst verkaufen will, da kennt die Planwirtschaft der Konzerne kein Pardon ...

Und so erscheinen viele der 12 Artikel wieder erschreckend aktuell. Weil es kein Ausruhen auf erkämpften Errungenschaften gibt. Weil unser Traum nicht ausgeträumt ist. Weil sich Menschen organisieren müssen, um etwas zu erreichen. Noch können wir verhindern, dass die zukünftigen Verteilungskämpfe wieder mit mittelalterlicher Brutalität ausgetragen werden.

*Florian Walter
Obfraustellvertreter und Bergbauer in Pöls*

INHALTSVERZEICHNIS

Heike Schiebeck IM WIDERSTAND	4
Franz Rohmoser DAVID GEGEN GOLIATH, DIE IG-MILCH UND DAS RAIFFEISEN-MILCH-KARTELL	6
Lisa Bolyos WO ÖSTERREICH DRAUFSTEHT, IST LOHNBETRUG DRIN	8
Werner Kräutler DAS WUNDER VON MALS	11
IRMI GEHT NEUE WEGE	13
Irene Schanda VIELFALT STATT VIEL MACHT	14
Hildegard Bachler und Hildegard Kriechbaum DER BAUERNAUFSTAND IN PFAFFING	17



Das Bild wurde beim Nyéléni Forum in Krems 2011 aufgenommen

Roland Teufl WALDGÄRTEN UND WALDGARTEN-ALLMENDE	20
Gerhard Hovorka POSITIVE EINKOMMENSENTWICKLUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT	22
David Jelinek und Julianna Fehlinger INTERNATIONALE KONFERENZ VON LA VIA CAMPESINA	24
Monika Gruber GLOSSE	26
Kontaktadressen/ABO-WERBUNG	27

IM WIDERSTAND

Bäuerinnen und Bauern haben im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Kärnten eine entscheidende Rolle gespielt. Ohne sie wäre dieser kaum möglich gewesen.

VON HEIKE SCHIEBECK



Bild: Longo mai

Der Sommer ist vorbei und nun hält der Herbst Einzug mit kühleren Nächten und Regen, den wir in den vergangenen Monaten oft vermisst haben. Es war ein trockener, heißer Sommer mit ausreichend Gelegenheit, in den Kärntner Seen schwimmen zu gehen. Auch mit ausreichend Besucher*innen, deren Strom nach unserem Hoffest Anfang Juni nicht mehr abriss. Eine der häufig gestellten Fragen lautet: „Warum habt ihr euch vor 40 Jahren in Südkärnten angesiedelt?“

Unter den 30 jungen Leuten, die 1973 in den französischen Voralpen die erste Longo mai Kooperative gründeten, befand sich auch eine Gruppe aus Österreich. Sie wollten eine Kooperative in ihrem Ursprungsland und suchten einen leerstehenden Bauernhof in den strukturschwachen Gebieten, vor allem im Südkärntner Raum an der Grenze zu Jugoslawien, weil es hier aktiven Widerstand gegen den Nazi-Faschismus gegeben hatte. Sie nahmen auch Kontakt auf zum damaligen Ob-

mann der Kärntner Partisanen, Karel Prušnik, einem Bauern aus Lobnik in der Gemeinde Eisenkappel-Vellach/Železna kapla-Bela. Im Lobnikgraben fanden die Longo mai-Leute schlussendlich den verfallenen und seit 15 Jahren unbewohnten Stoparhof in 950 m Seehöhe, den sie 1977 kauften.

Helena Kuchar sympathisierte von Anfang an mit der Gruppe. Sie freute sich sehr, dass auf dem Hof, auf dem sie in den 1920er Jahren Magd gewesen war und von dem niemand annahm, dass er noch einmal bewirtschaftet werden würde, wieder Leben einkehrte. Sie kam uns gern besuchen und stand uns mit Rat und Tat zur Seite, was auch bitter notwendig war, denn wir hatten von Landwirtschaft herzlich wenig Ahnung. Mit Leni betreute ich ab 1979 die Bienen am Stopar und in den umliegenden Gräben, wo sie bei mehreren Höfen Bienenvölker stehen hatte. Sie war für mich ein Vorbild, denn sie hatte in der Kriegszeit als Aktivistin der OF (osvobodilna fronta/Befreiungsfront) den Widerstand gegen den Faschismus unterstützt. Das motivierte mich, möglichst alles über die Herstellung unserer Lebensmittel zu erlernen. Mit Leni lernten wir die slowenischen Widerstandslieder. Sie erzählte gern von dieser Zeit, im Gegensatz zu vielen Kärntner Slowen*innen, die nicht darüber sprechen wollten, weil sie auch nach dem Krieg rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt waren.

In Eisenkappel lebte damals die deutschsprachige Bevölkerung im Ort und die slowenischsprachige, vor allem Holzarbeiter, Keuschler*innen und Bauernfamilien in den Gräben und auf den Bergen. Ab April 1942 begann das Nazi-Regime letztere in Konzentrationslager zu deportieren, so auch die Familie vom Stopar, insgesamt 302 slowenische Hausgemeinschaften; 6.000 ha Bauernland wurden enteignet. Auf den unbewohnten Höfen siedelte man deutschsprachige Kanaltaler und Südtiroler an.

Waldleute

Der Widerstand begann sich zu formieren. Schon ab 1939 waren zahlreiche Kärntner Slo-

wenen aus dem Grenzgebiet nach Jugoslawien geflohen, um sich der Einberufung zur Deutschen Wehrmacht zu entziehen. Viele schlossen sich nach der Besetzung Jugoslawiens im April 1941 der OF unter Tito an. Um der Deportation ins KZ zu entgehen, versteckten sich immer mehr Menschen in den unzugänglichen Bergen in provisorisch eingerichteten Bunkern im Wald und versuchten, dort den Krieg zu überstehen. Slowenische Wehrmachtssoldaten kehrten nach Heimaturlauben nicht mehr an die Front zurück und desertierten in die Wälder. Deshalb verhängte das SS-Führungshauptamt im Juli 1943 eine Urlaubssperre für das Gebiet südlich der Drau. Die Nazis hatten die Deportation von 260.000 Slowen*innen aus Kärnten und Slowenien geplant. Aufgrund des Widerstandes waren es wesentlich weniger, aber immer noch 80.000 Menschen.

Leni lebte damals mit ihren vier Kindern in einer Keusche nahe des elterlichen Vinkl-Hofes. Als 1942 zahlreiche Bauernfamilien verschleppt wurden, gelang ihrem Bruder, dem Vinklbauern, die Flucht zu den Partisan*innen. Bis auf die zwei Söhne im Alter von zehn und zwölf Jahren wurden seine anderen Familienmitglieder deportiert. Leni übernahm daraufhin den Vinklhof mit den sechs Kindern, auch, um ihn vor Plünderungen zu schützen. Am Hof gab es vier Stück Vieh, ein Arbeitspferd, vierzehn Bienenvölker, einige Schweine und Hühner, einen Acker, Wiesen, Wald und eine Getreidemühle am Bach.

Leni versorgte die Menschen in den umliegenden Bunkern mit Informationen und Lebensmitteln. Sie hörte die Nachrichten des slowenischsprachigen Radiosenders der Alliierten und informierte die Partisan*innen über den Kriegsverlauf. Sie sammelte Lebensmittel, Kleider, Schuhe und Baumaterial auf den anderen Höfen und im Dorf für die Waldleute. 1943 war ein gutes Honigjahr, ihre Bienen hatten fast 500 kg Honig gebracht. Daraus bereitete sie dickes Honigwasser mit Brotbröckeln, das sie den Partisanenpatrouillen für die Leute im Bunker mitgab. Der Vinkl-Hof bekam deshalb den Decknamen „Süßes Wasser“. Die

Bauern und Bäuerinnen gaben bereitwillig, was sie hatten, denn sie versorgten damit ja ihre Verwandten und Nachbarn, die sich im Wald versteckt hielten. Ohne die bäuerliche Unterstützung wäre der antifaschistische Widerstand in Kärnten nicht möglich gewesen.

Verrat und wachsender Widerstand

Gestapospitzel verrieten immer wieder geheime Versammlungen, und es kam daraufhin zu Verhaftungswellen. Am 29. April 1943 wurden dreizehn Menschen als ‚Terroristen‘ in Wien geköpft, Holzknechte, Keuschler und Bauern aus Zell Pfarre, Eisenkappel und den Gräben. Einige entkamen der Polizei und schlossen sich den Partisan*innen an.

Trotz der brutalen Repression wuchs der Widerstand. Die Kärntner Partisan*innen führten über 600 bewaffnete Aktionen durch und beschädigten oder vernichteten viele wirtschaftlich und militärisch wichtige Anlagen wie Bergwerke, Umspannwerke und Brücken. Ende März 1944 ordnete Himmler deshalb die Verlegung des 13. SS-Polizeiregiments von der Ostfront nach Südkärnten an und erklärte die Region zum ‚Bandenkampfgebiet‘. Insgesamt 8.000 bis 10.000 deutsche Polizei- und Armeekräfte wurden durch Aktivitäten der Partisan*innen in Kärnten gebunden.

Ging Leni sonntags zur Messe nach Eisenkappel, trug sie unter einem großen Strohhut Flugblätter der OF, mit denen die Bevölkerung zur Unterstützung aufgefordert und ein nahes Kriegsende prophezeit wurde. Leni verteilte die Flugblätter und riskierte dabei ihr Leben. Mit List, Beharrlichkeit und einer guten Portion Glück ist sie viele Male der Verhaftung entgangen. Die drei älteren Buben (12, 14 und 15 Jahre) gingen im Sommer 1944 als Kuriere zu den Partisan*innen. Ohne ihre Hilfe war die Arbeit am Hof für Leni kaum mehr zu schaffen. Im vorjährigen Herbst hatte ihr Bruder einen Kahlschlag abgebrannt und Roggen eingesät, der nun reif war. Zehn Partisan*innen halfen ihr bei der Ernte, schon bald standen mehr als 40 Garben zum Trocknen, sie hatten genug Mehl bis zum Winter. „So wird es nach dem

Krieg sein, dachten wir: Wir werden die Herren auf unserem Land sein, keiner wird mehr als Knecht in fremdem Dienst schuften, und jeder wird dem anderen helfen, dann wird genug da sein für alle,“ erzählte Leni später.

Als Leni im Oktober 1944 verurteilt wurde, musste sie flüchten und ihre älteste Tochter mit den zwei kleinsten Kindern zurücklassen. Sie erreichte das nahe gelegene befreite Gebiet im oberen Savinjatal auf der Südseite der Karawanken. Dort ging sie mit 38 Jahren zum ersten Mal in ihrem Leben in die Schule. Als im Dezember 1944 die deutsche Wehrmacht in einer letzten Großoffensive das befreite Gebiet stürmte, alle Bauernhäuser niederbrannte und die Bevölkerung deportierte, gelang es ihr wieder zu flüchten. Sie geriet am 11. Februar 1945 dennoch in Gefangenschaft und wurde im Gestapogefängnis in Klagenfurt gefoltert. Bereits zum Tode verurteilt kam sie kurz vor Kriegsende durch eine List ihrer ältesten Tochter frei.

Wir ließen immer ein Tonband laufen, wenn Leni erzählte. Brigitta und Thomas Busch schrieben danach das Buch „Jelka – aus dem Leben einer Kärntner Partisanin“*. Leni starb im Februar 1985 im Alter von 78 Jahren.

Kriegsende

Am 25. April 1945, einige Tage vor Kriegsende, wurde der Peršmanhof 14 Kilometer oberhalb von Eisenkappel Schauplatz eines der letzten nationalsozialistischen Kriegsverbrechen in Österreich. Der Bergbauernhof war ab 1942 Zufluchtsort für die Partisan*innen. Die Ermordung von elf Angehörigen der Familien Sadovnik und Kogoj, mehrheitlich Kinder, durch Mitglieder des SS- und Polizeiregiments 13 hat sich tief ins Gedächtnis der Kärntner Slowen*innen eingegraben und wurde zum Symbol für die Leiderfahrung der Minderheit durch das NS-Regime. Zu Beginn der 1980er



Foto: Longo mai

Jahre haben Freiwillige auf dem abgebrannten Bergbauernhof das Wohnhaus wieder aufgebaut und ein kleines Museum eingerichtet. Die zweisprachige Ausstellung wurde 2012 erneuert. Sie widmet sich dem Verbrechen, das nie geahndet wurde, sowie den Themen Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. Das Peršman-Museum ist bis heute das einzige Widerstandsmuseum des Landes Kärnten, (www.persman.at).

In der Moskauer Deklaration von 1943 hatten die Alliierten die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs an dessen Beitrag zu seiner eigenen Befreiung vom Faschismus geknüpft. Die Kärntner Slowen*innen, mehrheitlich Bauern und Bäuerinnen, trugen mit ihrem antifaschistischen Widerstand ihren Teil zur Befreiung Österreichs bei. Im 1955 unterzeichneten Staatsvertrag garantiert ihnen Artikel 7 Minderheitenrechte. In Kärnten verhinderte deutschnationaler Druck die Umsetzung dieser Rechte noch Jahrzehnte nach Kriegsende.

Heike Schiebeck
Longo mai

* Basel 1984, Euro 15,- zu beziehen bei: Longo mai, Lobnik 16, 9135 Bad Eisenkappel, stopar@aon.at

DAVID GEGEN GOLIATH, DIE IG-MILCH UND DAS RAIFFEISEN-MILCH-KARTELL

Die Interessensgemeinschaft Milch, kurz IG-Milch, ist eine Organisation von österreichischen Milchbauern und -bäuerinnen, die vor 13 Jahren von Bauern selbst gegründet wurde. Mittlerweile sind die IG-Milch-Bäuer*innen zu gefürchteten Agrarrebellen geworden.

VON FRANZ ROHRMOSER



Foto: ÖBV-Via Campesina Austria

Ewald Grünzweil bildete mit Ernst Halbmayr von Beginn an eine gut abgestimmte Führung der IG-Milch, und Halbmayr sagt, er sei ein Schüler von Sepp Amerstorfer und Hans Gahleitner, zwei Pionierbauern der ÖBV.

Vor acht Jahren wurde aus der IG-Milch die Firma „Freie Milch“ gegründet. Diese Firma musste am 30. April 2017 wieder geschlossen werden. Ich begleitete den Schließungsprozess der Freien Milch und erlebte die hämische Schadenfreude der großen Molkereibetriebe sowie die Heuchelei unserer Agrarpolitiker vom Präsidenten des Bauernbundes Jakob Auer abwärts. Immerhin lieferten in der Hochphase 550 Bauern und Bäuerinnen ihre Milch an die „Freie Milch“ ab, das waren 80 Millionen kg im Jahr, das sind rund 3% der Gesamtmenge Österreichs. Und auch die IG-Milch

selber hatte in ihrer Hochphase 5.000 Mitglieder – jetzt sind es immer noch 1.300.

Die Freie Milch war mit diesem Ausmaß daher der bisher größte Versuch einer „Bauern-Selbst-Befreiung“ seit der Nachkriegszeit, um aus dem Gefängnis der engen, eingeschränkten Struktur der Raiffeisen-Molkereien – in der der Milchbauer nichts zu sagen hat – auszubrechen. Gemessen an der kartellartigen Machtform der Raiffeisen-Molkereien ist ein derartiger Widerstand über einen Zeitraum von acht Jahren sogar als sehr lange zu bewerten. Das Projekt wurde von Anfang an systematisch bekämpft und untergraben. Zum Beispiel wurden Großabnehmer in Bayern und in Italien vom österreichischen Machtblock systematisch unter Druck gesetzt, sodass beide Partner der Nachbarländer die Kooperation mit der Freien Milch wieder einstellten. Es ist das Wesen von Kartellen, dass sie Konkurrenz

ruinieren. Im Umkehrschluss gehört es zum Wesen einer Marktwirtschaft, dass Konkurrenz zugelassen wird.

Wie man die Bauern und Bäuerinnen zappeln ließ

Ende April 2017 musste die letzte Gruppe der Ausbrecher*innen aus dem kartellartigen Machtblock um Wiederaufnahme bei den früher verlassenen Molkereien ansuchen. Ich sah, wie diese Molkerei-Betriebe die letzten 35 Bauern und Bäuerinnen bis zum Schluss zappeln und schwitzen ließ, bis sie diese dann in letzter Minute gönnerisch in ihren Molkereien aufnahmen. Man sah, wie sie jetzt dafür bestraft wurden, nur weil sie einen eigenen Vermarktungsweg ausprobiert und dabei marktwirtschaftlich richtig reagiert hatten. Ich erlebte auch das Ringen der Bauern und Bäuerinnen untereinander, um den Rückzug intern fair zu diskutieren, man hätte dabei unter gegenseitigen Vorwürfen ersticken können. Aber die vier Hauptverantwortlichen des Projektes, Ernst Halbmayr, Hans Furtmüller, Ewald Grünzweil und Thomas Schmiedthaler standen offen Rede und Antwort und waren in der Lage, den Konflikt zu bearbeiten.

Schließlich sieht man am Ablauf der Ereignisse rund um die „Freie Milch“ live, was passiert, wenn Bäuer*innen dem Agrarsystem gegenüber einmal in größerem Maße unfolgsam sind. Das wird gerächt. Dazu kam noch der Umstand, dass fast zeitgleich, also in den Wintermonaten vorher der starke Kinofilm „Bauer Unser“ die Bauernfamilien, die Konsument*innen und die Agrarführung aufwühlte. Besonders der Auftritt von IG-Milch-Obmann Ewald Grünzweil im Film erregte Aufsehen, weil er die Wachstumspolitik der Agrarführung als tödlich für die Bauern und Bäuerinnen kritisiert.

Die Agrarführung soll sich nicht zu früh freuen

Als nun die letzten 35 Rebell*innen im April 2017 auf die Wiederaufnahme in die Molkereien angewiesen waren, fühlte sich die im Film

„Bauer Unser“ gedemütigte Bauernführung wieder obenauf und reagierte daher besonders hämisch. Da ist keine Spur von Einsicht darüber spürbar, dass sie ja selber das Projekt Freie Milch von Anfang an bekämpften, beschädigten und abwürgten. Man sieht darin auch die geschichtlich gewachsene, enorme Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen vom herrschenden System; und es wird auch deutlich spürbar, dass viele Bäuer*innen sich nun wieder besonders unterwürfig zeigen.

Ernst Halbmayr definiert es präzise: Der Bauer ist als Rohstofflieferant in der Milchwirtschaft ohne Einfluss im undankbaren letzten Glied der Wertschöpfungskette. Und er verweist auf die Geschichte: Dass die Bauern und Bäuerinnen heute noch so untätig und abhängig sind, hängt mit der unbewältigten Geschichte der früheren Grundherrschaft zusammen. Halbmayr zitiert in diesem Zusammenhang Josef Kramers Geschichtsforschung aus der Zeit der Grundherrschaft, während der zur Einschüchterung der Bauern drakonische Strafen angewendet wurden. Ein historisches Beispiel ist der „Walddraub der Fürsten“. Bis ins 16. Jahrhundert war der Wald frei, jede*r konnte ihn nutzen. Als durch Städtebau und Bergbau das Holz wertvoll wurde, haben die Landesfürsten den Wald durch Einführung des römischen Rechts zu ihrem Eigentum erklärt. Mit brutalen, abschreckenden Strafen (Handabhacken) wurde das Fällen von Bäumen bestraft und damit die neue Rechtsordnung durchgesetzt.

Aber die heuchlerische Agrarführung soll sich nicht zu früh freuen: Halbmayr hat alles, was er während der 13 Jahre IG-Milch und der acht Jahre Freie Milch erlebte, präzise dokumentiert und aufgezeichnet. Diese Sache ist noch nicht zu Ende und kann jederzeit ein Nachspiel haben.

Das Milchmanifest im März 2016

Die IG-Milch hat gemeinsam mit der ÖBV im März 2016 ein sehr klares Manifest veröffentlicht und damit die Fähigkeit zu ei-

nem inneren Wandel nach außen gezeigt. Im Milchmanifest wird der Wachstumswahn bei den Bauern und Bäuerinnen, darunter die Hochleistung der Kühe deutlich kritisiert und zu einem Stopp aufgerufen. Durch sinnvolle Reduzierung und Zurücknahme zu hoch geschraubter Leistungen sollten die Tiergesundheit, die Umwelt und die Beendigung der Verdrängung der Nachbar*innen Vorrang haben. Es wird dabei ein solidarischer Weg gesucht. Nicht mehr „ich oder du“, sondern „ich und du“ ist die Devise. Auch jede Bevorzugung von größeren Betrieben wird abgelehnt.

Sie sind mutige Profis

Wenn die erweiterte IG-Milch-Vorstandsgruppe eine Demo plant und durchführt, ist was los. Die Demo am 31. März 2016 mit dem Auftritt vor dem Raiffeisenbüroturn war bezeichnend. Vor diesem Turm mit Traktoren aufzufahren, war wohl für beide Seiten, für die Demonstrant*innen selber und für Raiffeisen noch neu. Dementsprechend angespannt war die Situation. Die geübte IG-Milch-Gruppe erzeugt beim Turm ruck zuck einen Milchsee. Ein Kreis von Strohballen wird mit Seil zusammengebunden, eine Plane wird ausgerollt und der eigene Tankwagen füllt den Innenraum mit Wasser. Weiße Farbe lässt den See wie Milch aussehen. Auf einem Anhänger ist ein Lautsprecher montiert. Die eingespielte Führung zwischen Ernst Halbmayr und Obmann Ewald Grünzweil kommt in Funktion, Halbmayr verhandelt und regelt vorneweg furchtlos alles mit der nervös gewordenen Polizei, während Grünzweil bereits mit dem herausgeforderten Leiter der VÖM, Vereinigung österreichischer Milchbetriebe ein Interview führt. Enorme Spannung liegt im Raum. Die Gruppe zeigt Nerven. Einige Herren im dunklen Anzug, am Eingang des Büroturmes stehend, wirken sehr angespannt, so etwas war noch nie da und der Bauer Grünzweil in seiner humorvollen Art wickelt weitere Interviews ab. Hier bei

Raiffeisen sind wir am Machzentrum der Agrarpolitik angekommen.

Die IG-Milch läutet direkt am Machzentrum eine neue Epoche für Milchbauern und -bäuerinnen ein, die heißt: Sie wollen mehr mitreden. Diese freche Szene der Milchrebell*innen spielte sich ein Jahr vor der Schließung der Freien Milch ab. Nun wirkt das ernüchternde Anklopfen der Rebell*innen um Wiederaufnahme beim gleichen Machzentrum der Molkereien wie ein wahrlich starker Kontrast. Es zeigen sich zwei ganz unterschiedliche Seiten eines bäuerlichen Kampfes. Das notwendige Anklopfen zeigt die Realität der Kartell-Macht auf, man* muss manchmal einen Schritt zurück, um zwei nach vorne zu machen.

Totgeglaubte leben länger

Dass die Rebell*innen um Wiederaufnahme anklopfen mussten, sehen nun viele als Ende der IG-Milch. Es sollte im Gegenteil als ein Teil eines längeren Befreiungsprozesses gesehen werden, der noch nicht zu Ende ist.

Die Agrarpolitik will die IG-Milch lieber tot als lebendig sehen. Aber Totgeglaubte leben länger, Anzeichen dafür sind sichtbar:

- Die IG-Milch-Führung hat auch beim Akt des Anklopfens und Ersuchens um Neuaufnahme – bei ihrem Schritt zurück – den Kopf hochgehalten und fiel nicht reumütig zu Boden.

- Die widerständigen Bauern und Bäuerinnen haben das Recht auf ihrer Seite und haben mit der öffentlichen Aufklärung über das Kartell begonnen. Sie haben mit ihrem Kampf vorläufig Nachteile in Kauf genommen, um neue Schienen für eine gerechtere Politik für alle Milchbauern und -bäuerinnen zu legen. Es ist fair und wichtig, dass andere Kräfte auch ihren Anteil einbringen.

Es bleibt also die Frage: Wer unterstützt den David im Kampf gegen den Goliath?

*Franz Rohrmoser
Konfliktforscher*

WO ÖSTERREICH DRAUFSTEHT, IST LOHNBETRUG DRIN

Die Landwirtschaft wird selten als das wahrgenommen, was sie arbeitsrechtlich schon lange ist: ein Niedriglohnsektor.

VON LISA BOLYOS



Foto: ÖBV-Via Campesina Austria

Trotz bestehender Kollektivverträge in allen Bundesländern und einer Gewerkschaft, die sich langsam für diese schlecht vertretene Branche interessiert, sind der Ausbeutung von migrantischen Arbeitskräften Hoftür und -tor geöffnet. Wieso ist das so und was kann man* dagegen tun?

Violeta P. war in sieben aufeinander folgenden Jahren auf einem landwirtschaftlichen Betrieb im Tullnerfeld beschäftigt. Dort wurde vor allem Speisekohl angebaut, für den (Pro Planet-)Verkauf geschnitten und verpackt. Außer Violeta waren sechs weitere Kolleg*innen als landwirtschaftliche Arbeitskräfte beschäftigt. Sie arbeiteten regelmäßig mehr als zwölf Stunden am Tag, erledigten neben den landwirtschaftlichen auch andere Arbeiten, die am Betrieb anfielen (Schneeschaufeln, renovieren, auf den Großgrünmarkt liefern), und richteten die vom Betrieb zur Verfügung gestellte Unterkunft über die Jahre selbst her: „In den vier Zimmern gab es anfangs noch nicht einmal einen Betonboden und nur Betten aus Me-

tall.“ Sieben Jahre lang wurden Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit nicht richtig entlohnt, die Sonderzahlungen für Weihnachts- und Urlaubsgeld vorenthalten und nur auf Druck der Arbeitnehmer*innen die Stundenlöhne erhöht: „Bis April 2014 bekamen wir 3,50 Euro pro Stunde. Dann haben wir gesagt, dass wir nicht mehr wiederkommen – und so hat uns der Bauer 5 Euro pro Stunde bezahlt.“ Der kollektivvertraglich als Minimum festgelegte Stundenlohn für landwirtschaftliche Arbeiter*innen liegt in Niederösterreich in der Saison 2017 bei 6,27 Euro netto (das entspricht einem Bruttomonatslohn von 1.238,93 Euro). Er wird jedes Jahr für jedes Bundesland neu verhandelt. Er ist rechtlich bindend – kein Bauer, keine Bäuerin kann selbst entscheiden, weniger zu bezahlen.

Lohngefälle ist keine Rechtfertigung

In Österreich sind pro Jahr 30- bis 40.000 Arbeiter*innen im landwirtschaftlichen Niedriglohnsektor beschäftigt: Ihnen obliegt vor al-

lem manuelle Arbeit, die wenig Ausbildung voraussetzt, etwa die Pflege und Ernte von Obst und Gemüse. Aufgrund des häufigen Einsatzes in der Ernte hat sich der Begriff der „Erntehelfer*innen“, der genau genommen ein spezifisches, zeitlich beschränktes Arbeitsverhältnis beschreibt, als Chiffre für das gesamte Arbeitsfeld durchgesetzt.

Seit der Arbeitsmarktzugang für alle EU-Staatsangehörigen (mit Ausnahme Kroatiens) geöffnet wurde, ist der Anteil der Drittstaatsangehörigen in der landwirtschaftlichen Beschäftigung auf wenige hundert Arbeitnehmer*innen gesunken. Zwar steht landwirtschaftlichen Betrieben nach wie vor die sogenannte „Kontingentbewilligung“ offen, innerhalb derer sie auf sechs Monate begrenzte Beschäftigungsbewilligungen für Drittstaatsangehörige relativ formlos beantragen können, bzw. die „Erntehelferbewilligung“, die für sechswöchige Beschäftigungsverhältnisse gilt; aber der Großteil der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter*innen kommt neben Serbien und Bosnien-Herzegowina aktuell aus EU-Ländern wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien oder der Slowakei.

Die Grundlage, auf der die Überausbeutung stattfindet, ist das innereuropäische Lohngefälle. Es dient auf Arbeitgeber*innen-seite als Rechtfertigung für unterschlagene Lohnzahlungen: Die Bezahlung sei in Österreich im Vergleich zum Lohn im Herkunftsland immer noch stattlich. Auf Arbeitnehmer*innenseite führt es in Kombination mit dem Druck, der durch ein großes Arbeitskräfteangebot auf den Einzelnen lastet, dazu, den Lohnbetrug in Kauf zu nehmen.

„Wo Österreich draufsteht“, sind nicht automatisch faire Arbeitsbedingungen drin. Was sind die gängigsten Arbeits- und Sozialrechtsverletzungen in der landwirtschaftlichen Lohnarbeit? Dass Arbeitnehmer*innen gar nicht bei der Sozialversicherung gemeldet werden, ist aufgrund des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes und der damit verbundenen finanziellen Risiken für die Arbeitgeber*innen seltener geworden. Es wird jedoch

sehr häufig Teilzeit angemeldet, obwohl Vollzeit gearbeitet wird. Das könnte den Sozial- bzw. Krankenversicherungsträgern auffallen und sie zum Prüfen veranlassen: Eine Teilzeitbeschäftigung in der Erntesaison ist gemessen an der anfallenden Arbeit eine äußerst unwahrscheinliche Angelegenheit. Die zu geringe Meldung bei der Versicherung ist sowohl Betrug an den Arbeitnehmer*innen (bedeutend geringere Pension usw.), als auch an der gesamten Gesellschaft (bedeutend geringeres Gesamtvolumen der Versicherungsbeiträge). In vielen Fällen werden die gesetzlichen Höchstarbeits- und Ruhezeiten nicht eingehalten und Überstunden werden nicht als solche entgolten. Urlaub wird weder in Anspruch genommen noch aliquot ausgezahlt. Die Kosten für Quartier und Verpflegung übersteigen häufig die kollektivvertraglich geregelten Beträge. Die Unterkünfte entsprechen oft nicht den vorgegebenen Mindeststandards, sind nicht heizbar oder überbelegt. Arbeiter*innen berichten, dass ihnen Schutzkleidung und Werkzeug in Rechnung gestellt werden. Manche Arbeiter*innen machen Erfahrung mit Übergriffen, die von Angebrüllt- bis Geschlagenwerden reichen.

Ein viel zu geringer Anteil der Arbeitnehmer*innen ist über den Kollektivvertrag und die Möglichkeit, eine arbeitsrechtliche Vertretung durch Gewerkschaft und Landarbeiterkammer in Anspruch zu nehmen, informiert. Die temporären Arbeitsverträge verlangen den Arbeiter*innen zudem ab, sich so zu verhalten, dass sie ihren Arbeitsplatz auch in der nächsten Saison wieder bekommen: Wer nach Saisonende die Betriebsleitung auf entgangene Löhne klagt oder durchsetzt, dass das Quartier renoviert wird, muss damit rechnen, keine weitere Beschäftigung zu finden.

Präzedenzfälle sind notwendig

Im Tiroler Inntal haben sich im September dieses Jahres zum wiederholten Mal Erntehelfer Unterstützung bei Aktivist*innen der Sezonieri-Kampagne und bei der Produktionsgewerkschaft geholt, um ausstehende Löhne einzuklagen. Die fünf Kollegen waren Dritt-



Foto: Alexander Gotler

staatsangehörige und hatten laut eigenen Arbeitsaufzeichnungen jahrelang keine Sonderzahlungen und zu geringe Löhne bekommen, waren für weniger Stunden angemeldet, als sie tatsächlich gearbeitet hatten und mussten in unzureichend beheizbaren Räumen schlafen und wohnen. Den Schritt, sich zu wehren, konnten sie in dem Moment setzen, in dem sie sicher waren, dass sie nicht mehr ins Inntal zum Arbeiten kommen wollten. Sie hatten sozusagen die Schnauze voll – Pech für den Bauern, der sich außergerichtlich auf Nachzahlungen einlassen musste. Im Gegenzug wird über die Höhe dieser Zahlungen brüderlich geschwiegen.

Violeta P. hingegen hat ihre Arbeitgeber*innen gemeinsam mit drei Kollegen vor dem Arbeitsgericht in St. Pölten geklagt. „Das hätten wir früher machen müssen, anstatt sieben Jahre lang auf unsere Rechte zu verzichten!“, ist ihr Fazit. Sie hat sich darauf eingelassen, sich in der folgenden Saison in einer anderen Branche und in einem anderen Land Lohnarbeit zu suchen. Mit Unterstützung der Produktionsgewerkschaft haben sich die vier Kolleg*innen auf einen Vergleich mit dem Betrieb im Tullnerfeld geeinigt. Auch, wenn auf der Hand lag, dass die Beweislast ausreichend gewesen wäre, um statt eines Vergleichs einen Schuldspruch

zu erwirken und den tatsächlich ausständigen Lohn zur Gänze einzufordern: Arbeitnehmer*innen in Niedriglohnsektoren wie der landwirtschaftlichen Hilfsarbeit haben oft nicht die zeitlichen Ressourcen und die finanziellen Rücklagen, um lange Gerichtsverfahren durchzuhalten – und das ist den arbeitgebenden Landwirt*innen bewusst. Es braucht dafür das gesellschaftliche und gewerkschaftliche Bewusstsein, von welcher Relevanz die Durchsetzung des Arbeitsrechts marginalisierter Arbeitnehmer*innen für den gesamten Arbeitsmarkt ist, und die entsprechenden finanziellen Mittel, die es den Arbeitnehmer*innen ermöglichen, die kostenintensive und risikoreiche Zeit des Rechtsstreits zu überbrücken. So könnte man zu einer Reihe von Präzedenzfällen kommen, auf Basis derer landwirtschaftliche Betriebe sich zweimal überlegen würden, ob sie den Kollektivvertrag einhalten oder nicht.

Lisa Bolyas

Redakteurin bei der Straßenzzeitung *Augustin* und aktiv in der *Sezonieri* Kampagne

Dieser Text erscheint in einer leicht gekürzten Fassung im „Lesebuch Soziale Ausgrenzung – Arbeitswelten“, Mandelbaum 2017

Infos zur Sezonieri Kampagne nächste Seite

Sezonieri Kampagne

Die „Sezonieri Kampagne für die Rechte von Erntehelfer*innen in Österreich“ ist ein Zusammenschluss der Produktionsgewerkschaft mit NGOs und Aktivist*innen. Die Kampagnenarbeit beinhaltet Beratung in Erstsprachen, Informationen über Arbeitsrechte, Unterstützung im Kampf um die Rechte (außergerichtlich und gerichtlich) und politische Bildungsarbeit.

www.sezonieri.at



Workshop: Wie wir solidarisch handlungsfähig werden

Die Ausbeutung von migrantischen Erntearbeiter*innen hat System. Wie dieses System funktioniert und wie wir ihm entgegensteuern, welche Handlungsmöglichkeiten wir alle haben (nicht nur als Konsument*innen), was die Sezonieri-Kampagne ist und macht, wie wir eine soziale Gruppe, die so extrem prekär ist, unterstützen – das erarbeiten wir am Workshop anhand von konkreten Fällen und von Arbeitskämpfen von Erntearbeiter*innen.

**Am Sa, 28. Oktober, 10 Uhr,
im Rahmen des
Nyéléni-Herbsttreffens
der Bewegung für
Ernährungssouveränität**

**Im Institut für Geographie und
Raumforschung, Universität Graz,
Heinrichstraße 36, 8010 Graz**

Zum Weiterlesen

Sezonieri Kampagne für die Rechte von Erntehelfer*innen in Österreich (Hg), 2016:

Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt ... Gewerkschaftliche Organisation in der migrantischen Landarbeit – ein internationaler Vergleich.

Erhältlich in deutscher, rumänischer und englischer Sprache.

**Bestellung (5 Euro plus Porto):
sezonieri@gmx.at**

DAS WUNDER VON MALS

Das Wunder von Mals wird es genannt. Das, was seit einiger Zeit in diesem mittelalterlich anmutenden Dörfchen stattfindet, ist in der Tat wundersam und einmalig für Europa. Denn in Mals wurde in der Gemeindefassung – einer Art lokaler Verfassung – ein für allemal festgeschrieben, dass chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel innerhalb der Gemeindegrenzen nicht verwendet werden dürfen. Basta! Mals, das „Dorf der Türme“ in der Nähe des Reschenpasses im Oberen Vinschgau, hat sich für pestizidfrei erklärt. Während die Agrarindustrie rotiert, ist es zu einem leuchtenden Vorbild dafür geworden, wie man dem Treiben der internationalen Giftmischer und der mit ihnen verhandelten Politiker*innen Einhalt gebieten kann. Aber der Reihe nach.

Begonnen hatte diese wohl einmalige Geschichte mit dem „Manifest von ‚akademischen Frauen und Männern‘ des Oberen Vinschgaus“ im Mai 2013. Darin wurde von den Politiker*innen ein Verbot der Ausbringung von chemisch-synthetischen Pestiziden und Insektiziden gefordert. Die Begründung: Keines der im konventionellen und integrierten Obstbau verwendeten synthetischen Pestizide und Insektizide werde als „ungefährlich“ eingestuft. Dem Manifest gingen gehäufte Meldungen über massive Rückstände voraus, die aus der flächendeckenden Ausbringung der Gifte in den Südtiroler Obst-Monokulturen stammen mussten.

2014 ließ die Umweltschutzgruppe Vinschgau Wasser- und Grasproben analysieren, die in sogenannten „sensiblen Zonen“ wie Schulen, Kindergärten, Sportplätzen oder Radwegen entnommen wurden. Der gemeinsame giftige Nenner: In allen Proben wurden Pestizidrückstände gefunden, die offiziell als „giftig“ oder „sehr giftig“ klassifiziert werden.

Wie verheerend der enorme Chemieeinsatz auf Südtiroler Obstplantagen war und ist, wird auch ersichtlich, wenn das

Bis vor ein paar Jahren war Mals ein relativ unbekanntes Dorf. Das hat sich in der Zwischenzeit grundlegend geändert: Der kleine Ort im Oberen Vinschgau erscheint jetzt grellrot auf dem Radar von Konzernen wie Monsanto oder BASF.

Eine Südtiroler Gemeinde macht ihre eigene Agrar- und Gesundheitspolitik.

VON WERNER KRÄUTLER



Foto: Alexander Schiebel

Gras von biologisch arbeitenden Bauern und Bäuerinnen teilweise so verseucht ist, dass es vernichtet werden muss; ebenso die Kräuternernte einer biologisch arbeitenden Kräutierzucht weitab der Apfelplantagen. Der Grund in beiden Fällen: Die Konzentration an Giften war zu hoch. Aufgrund der „Abdrift“ des Giftes über die teils heftigen Windbewegungen im Vinschgau war es sogar noch in der Gletscherregion des Ortler nachweisbar.

Die Kollateralschäden der Südtiroler Obstindustrie

Für heftige Diskussionen sorgt jedes Jahr wieder ein – wie es offiziell verbrämt umschrieben wird – „unerklärliches“ Bienensterben. In den Amtsstuben des Landes ist man sich – streng vertraulich natür-

lich – der Ursache einigermaßen bewusst. Aus einem von der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ veröffentlichten vertraulichen Protokoll einer Sitzung landwirtschaftlicher Interessensgruppen vor bereits zwei Jahren geht hervor, dass „der Verlust an Flugbienen nach Ende des Spritzverbotes“ am stärksten ist. Jedes Jahr fallen tausende, wenn nicht gar hunderttausende Bienen ausgerechnet dann tot vom Himmel, wenn die Apfelbaron*innen ihre Kompressoren anwerfen und das Gift in Schwaden über die Obstgärten jagen, dessen Wolken sich anschließend auf Siedlungen, Tiere und Menschen legen. Das dramatische Ergebnis chemischer Untersuchungen toter Bienen sollte eigentlich auch unter Verschluss gehalten werden: In den leblosen Körpern der Bienen wurden bis zu elf verschiedene



Gifte gefunden, die allesamt aus Spritzmitteln stammten, darunter sogar absolut verbotene Mittel, wie die „Neue Südtiroler Tageszeitung“ berichtete. Vor einem Jahr wurden in einem Bach der Gemeinde Plaus im Unteren Vinschgau zu allem Übel noch hunderte verendete Fische entdeckt. Ein Insektizid wurde als Todesursache dingfest gemacht. Es wird zur Bekämpfung der sogenannten Apfeltriebsucht verwendet. Ein weiterer „Kollateralschaden“ der Südtiroler Apfel-Monokulturen, die immer anfälliger gegen Schädlinge und Pilze aller Art werden. Ein weiterer Vorfall vor zwei Jahren führte die dramatische Konsequenz des zügellosen Chemieeinsatzes auf Südtiroler Apfel-Monokulturen vor Augen: Ein Hund starb unter entsetzlichen Qualen, vergiftet durch ein Pflanzenschutzmittel, das er zu sich nahm, als er in der Nähe eines Obstgartens Wasser aus einer Pfütze trank. Ein anderer Hund konnte durch den Einsatz eines Tierarztes in letzter Sekunde gerettet werden.

Für Mals ist jetzt Schluss mit „lustig“

Der Malser Bevölkerung platzte ob dieser schleichenden Verseuchung der Kragen. Und sie sah auch die Gefahr. Denn durch den Klimawandel bedingt rückten die riesigen Apfelplantagen immer näher an Mals heran. War es vor einigen Jahrzehnten schwer vorstellbar, dass Äpfel in der klimatisch eher rauen Gegend des Oberen Vinschgau gedeihen, scheint das in Zu-

kunft möglich. Die Menschen in Mals befürchteten zu Recht, nunmehr mitten in die Giftwolken zu geraten, und waren entschlossen, dem Tun der Obstbarone und der Agrarkonzerne Einhalt zu gebieten.

Eine von einer Kerngruppe initiierte Volksabstimmung brachte im Herbst 2014 ein eindeutiges Ergebnis: Die Malser Bevölkerung lehnte mit überwältigender Mehrheit den Einsatz von giftigen Pestiziden und Herbiziden auf ihrem Gemeindegebiet ab.

Kurzfristig musste die Malser Bevölkerung trotzdem befürchten, ihr Widerstand würde von der alles dominierenden Südtiroler Volkspartei und dem mit ihr unter einer Decke steckenden Bauernverband unterlaufen. Die versuchten zurückzuschlagen. Und das, obwohl sich eine Dreiviertelmehrheit der Bevölkerung für ein Verbot EU-weit zugelassener chemisch-synthetischer Pestizide ausgesprochen hatte. Die Mehrheit des damaligen Malser Gemeindeparlamentes wollte sich weigern, dieses eindeutige Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen und es entsprechend in der (in Italien existierenden) Gemeindegliederung, einer Art Gemeindeverfassung, festzuschreiben. Und das, obwohl mit Ulrich Veith schon damals ein vehementer Befürworter des Verbotes Bürgermeister war; seine eigenen Parteifreund*innen fielen ihm bei der Abstimmung in den Rücken.

Im Mai 2015 standen allerdings die Südtiroler Gemeindevertretungswahlen auf der Tagesordnung. Die Gift-Befürworter*innen wurden von den Wählenden aus ihren Ämtern gefegt. Bürgermeister Ulrich Veith und

die Pestizidgegner*innen erzielten ein Traumergebnis. Sie verankerten das Ergebnis der Volksabstimmung gleich bei ihrer ersten Sitzung in der Gemeindegliederung: Mals war pestizid-, herbizid- und insektizidfrei.

Den „Malser Bazillus“ politisch unterbinden

2016 machte das widerständige Dorf den Sack für die Pestizidkonzerne vollends zu. Mit der Gründung einer „Bürgergenossenschaft“ Ende Februar 2016 wurde der Widerstand nachhaltig in konkrete, regionale und vor allem giftfreie Aktionen und Aktivitäten gegossen. Mals ist vollends zu einem europäischen Vorzeigemodell geworden.

Aber wer glaubt, die Südtiroler Landesregierung und die mit ihr verbandelten Bauernorganisationen hätten aus ihren Fehlern gelernt, täuscht sich gewaltig. Im Frühling 2016 brachte der Südtiroler Agrarlandesrat Schuler einen Landesgesetzvorschlag ein, der für heftigen Protest sorgte. Im neuen Gesetz zu „Bestimmungen auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes“ wird festgehalten, dass „den Gemeinden [...] im Bereich der nachhaltigen Verwendung von Pestiziden jene Verwaltungsbefugnisse zu[stehen], die ihnen vom Land Südtirol im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden zugewiesen oder übertragen werden.“ Das Umweltinstitut München, das Pestizid Action Network PAN und Oppositionspolitiker*innen kritisieren, dass das Land mit diesem Gesetz Entscheidungen wie in Mals verhindern will.

In der Zwischenzeit ist ein Buch über das „Wunder von Mals“ erschienen, ein Dokumentarfilm in Spielfilmlänge ist in Arbeit und wird voraussichtlich noch im Herbst 2017 herauskommen. Ende September 2017 wurde eine Dokumentation über Mals auf ARTE gesendet. Der Südtiroler Landeshauptmann Kompatscher schrieb kurz vor der Ausstrahlung des Films einen Brief an die ARTE-Direktion, in dem er die „effektvollen Inszenierungen“ der Pestizidgegner*innen anprangerte und Stimmung gegen den Film machte. Einem Bioapfelbauern, der im Buch sowie in der ARTE-Reportage seine Überzeugungen kundtat, wurde Mitte September seine Ernte zerstört: Drei Reihen seiner zwei Hektar großen Plantage wurden mit Glyphosat „zwangsbehandelt“. Die Ernte ist kaputt, auch nächstes Jahr wird die Anlage nicht als bio klassifiziert werden.

Fazit: Der Widerstand gegen Pestizide ist in vielen Kreisen kein gern gesehener – auch, wenn immer mehr Expert*innen darauf hinweisen, was für dramatische Folgen der Gift-Einsatz hat. Es bleibt zu hoffen, dass die mutigen Menschen in Mals dereinst als Vorreiter*innen einer pestizidfreien Zukunft gelten.

*Werner Kräutler,
Oberhirte auf Helgas Alm in Tirol, Blogger
und Jakobspilger. Sein Tirol-Blog „Tirol isch
toll“ nimmt sich seit geraumer Zeit ausnahmslos
positiver Themen an.*

Bürgergenossenschaft Mals:
www.bgo.bz.it

Dieser Text erschien erstmals am 29.3.2016 im AUGUSTIN (<http://www.augustin.or.at/zeitung/tun-und-lassen/das-wunder-von-mals.html>). Das Update der letzten beiden Absätze stammt von Irm Salzer. Wir danken der AUGUSTIN-Redaktion und Werner Kräutler für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Das Buch und die DVD „Das Wunder von Mals“ von Alexander Schiebel können auf <http://wundervonmals.com/crowdfunding/> bestellt werden.

Iirmi geht neue Wege

*Nach elf Jahren und insgesamt 55 Ausgaben der Bäuerlichen Zukunft sag ich nun Adieu. Leicht fällt mir das nicht – es war und ist ein Privileg, bei der ÖBV und der größten sozialen Bewegung weltweit, La Via Campesina, an einer besseren Welt arbeiten zu dürfen. Ich habe mich nun aber entschieden, neue Wege zu gehen. Auch auf diesen Wegen werde und will ich an einer Zukunft für Bäuerinnen und Bauern arbeiten und ich freue mich schon auf gute Zusammenarbeit mit meinen nunmehrigen Ex-Kolleg*innen.*

*Ihnen und euch, liebe Leser*innen der Bäuerlichen Zukunft danke ich für die Rückmeldungen, die Kritik und all das, was ich beim Zeitungsmachen lernen durfte. Meinem Zeitungsteam, bestehend aus Monika, Eva, Eva und Much danke ich von Herzen für die langjährige Zusammenarbeit – danke für eure Geduld, eure Kreativität und Kompetenz. Auf Wiedersehen und nicht vergessen: Let's globalize the struggle, let's globalize hope!*

Alles Liebe! Iirmi



*Liebe Irimi,
der Abschied von Dir als unserer Agrarpolitik-Fachfrau, Pressesprecherin und Zeitungsmacherin nach elf bewegten Jahren fällt uns schwer.*

*D a n k e für Deinen unglaublichen Einsatz für die ÖBV, die kleinbäuerliche Landwirtschaft und ein „Gutes Leben für Alle“! Du bist eine agrar- und umweltpolitische „Schnellcheckerin“, eine gewandtpointierte Rednerin auf nationalen und internationalen Podien und eine geniale Analystin. Geschätzt bei unseren Mitstreiter*innen und wohl auch gefürchtet von jenen, die sich der neoliberalen Agrarpolitik verschrieben haben.*

Die gute Qualität unserer Zeitung und der Pressearbeit ist zu großen Teilen ein Verdienst Deines Gespürs und Deiner sprachlichen Gewandtheit. Es wird ein Rätsel bleiben, woher Du die scheinbar unendlich vorhandene Energie nimmst. Wir wünschen Dir, dass sie lange nicht versiegt und hoffen, dass es viele Gelegenheiten geben wird, in denen wir weiterhin für eine ernährungssouveräne Zukunft zusammenarbeiten können.

DANKE! DANKE! DANKE!

Christine Pichler-Brix für den Vorstand

VIelfALT STATT VIEL MACHT

Der deutsche Konzern Bayer will mit der Übernahme von Monsanto zum weltgrößten Anbieter von Saatgut und Pestiziden aufsteigen. Dagegen regt sich Widerstand.

VON IRENE SCHANDA



Foto: Arche Noah

Die Übernahme von Monsanto durch den deutschen Konzern Bayer wird momentan von internationalen Kartellbehörden, u. a. der EU-Kommission, geprüft. Sollte sie genehmigt werden, würden künftig nur drei Großkonzerne den europäischen Markt für Saatgut und Pestizide beherrschen. Steigende Konzentration im Saatgutmarkt, erschwelter Wettbewerb, höhere Abhängigkeit der Landwirt*innen, weniger Auswahl und höhere Preise sind Ausdruck der wachsenden Kontrolle der Agrarkonzerne über die Grundlagen unseres täglichen Lebens. In der Debatte um die Fusion geht es also nicht „nur“ um zwei Firmen – ihr Ausgang wird die Zukunft der Landwirtschaft in Österreich, Europa und der Welt maßgeblich mitbestimmen. Die ARCHE NOAH

hat dazu eine Petition gestartet – weil es höchste Zeit ist, ein klares politisches Zeichen zu setzen.

Langfristige Auswirkungen

Bayer gab die beabsichtigte Übernahme von Monsanto im September 2016 bekannt. Damit würde der deutsche Konzern zum weltgrößten Anbieter von Saatgut und Pestiziden aufsteigen – ein alarmierendes Vorhaben mit negativen Folgen für Vielfalt, Landwirt*innen und Konsument*innen.

Wenn auch im Moment die Präsenz von Bayer und Monsanto in Österreich nicht so groß erscheint, so wäre langfristig auch die österreichische Landwirtschaft von den negativen Folgen der Übernahme stark betroffen. Am Saatgutmarkt käme es

zu einem weiteren Anstieg der Konzentration, was zu weniger Auswahl und höheren Preisen führt. Welches Saatgut auf den Äckern landet und auf welche Weise diese bearbeitet werden, würden letztlich die Konzerne bestimmen. Das gefährdet die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich – sie benötigt standortangepasstes, vielfältiges Saatgut. Der Erhalt von bäuerlichen Landsorten ist auch für die Vielfalt und somit unsere zukünftige Ernährungssicherheit essentiell. Durch das zunehmende Sterben von klein- und mittelständischen Betrieben käme es außerdem zu einem Anstieg von großen Betriebseinheiten und Monokulturen. Zudem bedeutet weniger Konkurrenz in der Regel höhere Kosten, weniger Auswahl und weniger Innovation. Vor allem das zunehmende Verschwinden von samenfesten Sorten zugunsten von Hybridsorten nimmt den Landwirt*innen die Möglichkeit, Saatgut selbst zu vermehren. Das führt in Kombination mit steigenden Preisen zu höheren Betriebskosten für Bauern und Bäuerinnen. Bayer und Monsanto verkaufen zudem zahlreiche Bündelprodukte, was zu noch größerer Abhängigkeit der Landwirt*innen führen kann. Für diejenigen, die dem Kostendruck nicht standhalten können, bliebe nur die Aufgabe des eigenen Betriebs. Die vermehrte politische Einflussnahme durch einen Riesenkonzern würde zur weiteren Zurückdrängung der Interessen von mittelständischen und kleinen Bauern und Bäuerinnen führen, gerade deren Arbeit ist aber für den Erhalt der Vielfalt so essentiell.

Auch Konsumenten und Konsumentinnen wären von der Übernahme betroffen. Denn der steigende Einsatz von agrochemischen Produkten schadet nicht nur der Umwelt, sondern auch den Menschen. Erst kürzlich berichtete Global 2000, dass in vier von neun untersuchten österreichischen Bieren Glyphosatrückstände nachgewiesen wurden. Neben möglichen ge-

sundheitlichen Folgen würde der Zusammenschluss von Bayer und Monsanto auch weniger Auswahl und höhere Preise für Konsument*innen verursachen. Letztlich würden Großkonzerne die Kontrolle über unsere Ernährung und die Grundlagen unseres täglichen Lebens erlangen. Dagegen müssen wir uns wehren!

Sammlung von Patenten und Daten

Beide Firmen sorgen mit allen Mitteln dafür, sich den Absatz zu sichern. Hier sind besonders zwei Aspekte herauszugreifen: Sowohl Bayer als auch Monsanto nennen bereits eine Vielzahl an Patenten ihr Eigen – alleine 2016 haben die beiden Konzerne beim Europäischen Patentamt zahlreiche Anträge eingereicht: Bei Patentanträgen auf konventionell gezüchtete Pflanzen – eine inakzeptable Privatisierung der Natur – war Monsanto auf Platz 2, Bayer auf Platz 4. Patente sollen eigentlich Erfindungen schützen, doch hier blockieren sie Innovation, da Züchterinnen und Züchter mit dem patentierten Material nicht weiterarbeiten dürfen. Das gefährdet die Vielfalt!

Der zweite Aspekt ist die rasante Entwicklung beider Firmen in Richtung digitalisierte Landwirtschaft; hier wurden in den letzten Jahren große Summen hineininvestiert. Was hier geschieht, ist eine Koppelung von Datenunternehmen an Agrarkonzerne. Mithilfe von Software werden Nutzer*innen Dienste zur Verfügung gestellt und Empfehlungen gegeben (z. B. welche Sorte zu pflanzen, wo Pestizide auszubringen sind). Im Gegenzug werden Daten, z. B. über Böden und Pflanzengesundheit, gesammelt, die ins Eigentum des Konzerns übergehen – was in weiterer Folge damit geschieht, ist intransparent. Hier herrscht Handlungsbedarf.



Foto: wikimedia commons – LucViatour

Die Rolle der EU-Kommission

Die Bayer-Monsanto-Übernahme wird von zahlreichen internationalen Fusionskontrollbehörden geprüft. Auf europäischer Ebene ist die zuständige Instanz die Europäische Kommission: Als supranationaler Kontrollinstanz obliegt ihr seit 1990 die Entscheidung darüber, Übernahmen von auf europäischer Ebene tätiger Firmen (ab einem bestimmten Jahresumsatz) unter bestimmten Auflagen (durch Anpassungen des Übernahmevertrags) zu genehmigen oder abzulehnen. Den rechtlichen Rahmen hierzu bildet vor allem die „EU-Fusionskontrollverordnung“. Im August 2017 erklärte die Kommission, dass sie eine eingehende Prüfung der Übernahme vornehmen wird, da sie Bedenken bezüglich der Folgen der Übernahme auf den Wettbewerb am Europäischen Markt habe – und zwar in drei Bereichen: Pestizide,

Saatgut und agronomische Merkmale. Zudem würde geprüft, ob der Zugang von Mitbewerber*innen zu Landwirt*innen erschwert würde, wenn Bayer und Monsanto ihre Verkäufe von Pestiziden und Saatgut unter Nutzung der digitalisierten Landwirtschaft bündeln. Das ist ein wichtiger erster Schritt, denn er zeigt die Bereitschaft der Kommission, die Konzerne genauer unter die Lupe zu nehmen. ARCHE NOAH ist bereits mit konkreten Vorschlägen an die Kommission herangetreten. Übrigens – die Entscheidung ist im Jänner 2018 zu erwarten.

Ein enger rechtlicher Rahmen

Trotz der Prüfung seitens der EU-Kommission könnte die Verhinderung der Übernahme schwierig werden. Die EU-Kommission muss ihre Entscheidung über die Fusion innerhalb eines engen rechtli-

Foto: Arche Noah



chen Rahmens treffen, ihre Prüfung der Fusion ist auf technische Wettbewerbsaspekte eingeschränkt. Ein ganzheitlicher Ansatz, der sich nicht nur als kurzfristige Erhaltung des Wettbewerbes versteht, sondern die komplexen Mechanismen eines Saatgutmarktes berücksichtigt, der langfristig den Bedürfnissen einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft entspricht, ist in diesem rechtlichen Kontext nicht möglich. Auch ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Rechtslage Fusionen eher begünstigt: Seit 1990 konnte die EU-Kommission lediglich 1% aller Firmenzusammenschlüsse ablehnen. Deshalb muss sie dringend durch eine wirksame Reform des Rechtsrahmens als Behörde gestärkt werden, damit sie künftig über die Werkzeuge verfügt, die es ihr ermöglichen, auf Marktveränderungen adäquat reagieren und im öffentlichen Interesse Zusammenschlüsse auch verhindern zu können.

Forderungen der ARCHE NOAH

Falls die EU-Kommission nicht über die ausreichenden Kompetenzen verfügt, um die Übernahme zu verhindern, soll sie die Übernahme an konkrete Auflagen koppeln, um die negativen Auswirkungen zu minimieren. ARCHE NOAH hat der EU-Kommission konkrete Mindestauflagen empfohlen:

- In den Teilmärkten (z. B. Mais, Sonnenblume, Soja, Tomaten, Baumwolle), in denen eine hohe Marktkonzentration auftreten wird, müssen die Unternehmen pflanzengenetische Ressourcen, die für effektiven Wettbewerb relevant sind, ent-

schädigungsfrei an die Public Domain übergeben (z. B. an öffentliche Genbanken).

- Das fusionierte Unternehmen sollte dazu verpflichtet werden, öffentlich darzulegen, welche Produkte – existierende sowie auch in Entwicklung befindliche – durch welche Patente geschützt sind.

- Dem fusionierten Unternehmen muss untersagt werden, den Verkauf von Saatgut mit Pestiziden oder anderen agrochemischen Produkten an Landwirt*innen zu bündeln.

- Datensammlung in Bezug auf Einsatz von Saatgut, Pestiziden und anderen agrochemischen Produkten sowie die Zurverfügungstellung von Dienstleistungen für Endkonsument*innen, die auf der Analyse dieser Daten beruht, müssen an einen unabhängigen Dritten veräußert werden.

Aufgaben der österreichischen Regierung

Die EU-Mitgliedsstaaten haben kein Mitspracherecht bei der Prüfung der Firmenübernahme durch die EU-Kommission. Dennoch kann die österreichische Regierung gegenüber der Kommission die konkreten Forderungen unterstützen. Wie sich die bundesweit kandidierenden Parteien vor der Nationalratswahl zur Frage Bayer-Monsanto positionierten, wurde deshalb von der ARCHE NOAH vor der Wahl erhoben. Die Ergebnisse finden Sie auf www.arche-noah.at/politik.

Sollte die Fusion genehmigt werden, muss die österreichische Politik konkrete Maßnahmen setzen, um die negativen Aus-

wirkungen auf die österreichische Landwirtschaft zu beschränken – z. B. eine massive Reduzierung der Anwendung umweltschädlicher Pestizide beschließen, die Züchtung von standortangepasstem, biologischem Saatgut fördern und starke nationale Maßnahmen gegen Patente auf Leben setzen. Unabhängig davon sieht es ARCHE NOAH als Aufgabe der zukünftigen österreichischen Regierung, rasch Schritte hin zu einer Reform der EU-Fusionskontrollverordnung zu setzen. Die Möglichkeit dazu besteht im zweiten Halbjahr 2018 mit der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs.

Diese Fusion ist also eine der wichtigen aktuellen politischen Fragen, deren Beantwortung die Richtung der Landwirtschaft in Österreich, Europa und der Welt bestimmen wird. Der Widerstand dagegen ist enorm wichtig.

Appellieren Sie deshalb jetzt an die EU-Kommission und die österreichische Bundesregierung. Fordern Sie die Verhinderung der Fusion, einen wirksameren rechtlichen Rahmen für Fusionsprüfungen auf EU-Ebene sowie die Minimierung der negativen Auswirkungen auf die österreichische Landwirtschaft. Unterschreiben Sie unsere Petition – für die Vielfalt, gegen zu viel Macht! Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle unsere Unterstützerinnen und Unterstützer!

Hier können Sie die Petition unterschreiben: www.vielfalt-statt-viel-macht.at

*Irene Schanda
Pressesprecherin der ARCHE NOAH*

DER BAUERNAUFSTAND IN PFAFFING

Oberösterreich wurde 1620, zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges von den Habsburgern an den bayerischen Herzog Maximilian I. verpfändet. Maximilian setzte Adam Graf von Herbersdorf als Statthalter ein und schickte katholische Geistliche nach Oberösterreich, um dort die Gegenreformation durchzusetzen. Der Graf von Herbersdorf war ursprünglich auch protestantisch, trat aber dann zum Katholizismus über und zeichnete sich durch äußerste Härte bei der „Rekatholisierung“ aus. Als im Mai des Jahres 1625 in der protestantischen Pfarre Frankenburg ein katholischer Pfarrer eingesetzt werden sollte, kam es zum bewaffneten Aufstand von mehr als 5.000 Menschen – darunter viele Bäuerinnen (?) und Bauern. Der folgende historische Text beschreibt den Aufstand, seine heimtückische Niederschlagung und deren Folgen.

Das Gericht am Haushamerfeld

Am Sonntag, dem 11. Mai 1625, wollten der Pfarrer von Pfaffing, Bernhart Spindler, und der Oberpfleger Abraham Grünpacher auf Befehl der Reformationskommission zu Frankenburg einen neuen katholischen Geistlichen einsetzen. Die Bevölkerung dieses Marktes, an ihrer Spitze Richter, Rat und „Achter“¹, ging aber nicht zu jener Feier in die Kirche, sondern sammelte sich, mit Büchsen, Hacken und Spießen bewaffnet, am Friedhofe. Da die Schar großen Lärm machte, einige Leute sogar in den Glockenturm eindringen und Sturm läuteten, kam Grünpacher aus der Kirche heraus, um Ruhe zu gebieten. Die Versammelten aber drangen auf den Pfleger ein, ein Bürger drückte sogar zweimal die Büchse gegen ihn ab, welche glücklicherweise versagte, so dass Grünpacher eiligst in das nahe Schloss entfliehen musste,

¹ „Achter“ (bzw. auch „Vierer“ oder „Sechser“) wurden damals jährlich von den Gemeindebewohner*innen gewählt und waren Hilfskräfte der vom Ortsherren bestellten Richter.

in dem er abends schon vor etwa 1.500 Bauern belagert wurde. Die Volksmenge drang weiters auch in die Kirche ein, prügelte den neueingesetzten Geistlichen und jagte ihn dann fort. Die Aufrührer in Frankenburg, welche Grünpacher im Schlosse belagerten, sendeten noch am selben Tage Ansager bis Schörfling, St. Georgen, Griebkirchen und Peuerbach, welche allorts Bürger und Bauern aufforderten, mit ihren Waffen herbeizueilen, widrigenfalls man ihnen Haus und Hof abbrennen würde. „Sie, die Aufständischen, seien entschlossen, ihre Prediger wieder ins Land zu bringen und man solle auch beim Nachbarn ansagen, damit man insgesamt zusammenhelfe, die Absichten durchzusetzen oder Leib und Leben zu lassen. Schon müssten Bauern so viele Abgaben und Steuergelder zahlen, jetzt sollten sie auch noch päpstlich werden, da wollten sie lieber gleich ihr Leben verlieren.“ Diese Botschaft fand in Vöcklamarkt und den umliegenden Pfarren bereitwilligst Gehör, Hunderte zogen nach Zwischenwalden, so dass am nächsten Tag schon an die 5.000 Bauern das Frankenburg Schloss gelagerten.

Die heimtückische List des Statthalters

Der Statthalter von Oberösterreich, Graf Herbersdorf, weilte damals eben in Ort bei Gmunden, als er durch Boten Grünpachers Nachricht von den Vorgängen in Frankenburg erhielt. Allsogleich ließ er sämtliche im „Land“ befindlichen Truppen zu Vöcklabruck sich sammeln, befahl

In Pfaffing in Oberösterreich kam es im Mai 1625 zu einem bewaffneten Aufstand. Mit falschen Versprechen wurden die Beteiligten in eine Falle gelockt und zu einem menschenverachtenden Würfelspiel gezwungen. Ein Lehrstück aus der Geschichte.

VON HILDEGARD BACHLER UND HILDEGARD KRIECHBAUM, unter Zuhilfenahme eines historischen Textes.



Foto: Gemeinde Pfaffing

dorthin auch aus Linz den Henker mit zwei oder drei starken Ketten und ersuchte überdies den bayerischen Pfleger zu Ried, einiges Fußvolk an die Landesgrenze zu führen. Am 12. Mai versprach Herbersdorf von Vöcklabruck aus, den Belagerern und den von diesem aufgebotenen Gemeinden volle Straflosigkeit, wenn sie sogleich heimkehren und nur die Rädelsführer ausliefern würden, ferners nach Möglichkeit Abhilfe ihrer Beschwerden, sollte aber einer mit irgend einer Waffe außer Hause getroffen werden, so werde dieser Besitz und Leben verlieren. Die Bauern bekamen die Belagerung bald satt und als ihnen der Oberpfleger am Abend des 12. Mai bescheinigte, er wolle niemanden strafen, auch keinen katholischen Priester mehr zu Frankenburg einsetzen, liefen die Aufständischen am nächsten Morgen wieder auseinander. Am Mittwoch, den 14. Mai, rückte schon Herbersdorf mit 600 Fußknechten, 50 Reitern, drei Geschützen, den Henker samt Gehil-

fen im Gefolge zu Frankenburg ein und ließ dort sogleich von Haus zu Haus kund machen, dass die gesamte männliche Bevölkerung der Pfarren Frankenburg, Vöcklamarkt, Neukirchen, Gampern und Pöndorf am folgenden Tage um drei Uhr nachmittags, bei der großen Haushamerlinde nördlich Vöcklamarkt ohne Waffen zu erscheinen habe. Wer durch sein Kommen zeigte, dass er Gnade suche, solle Gnade erhalten, wer aber nicht erscheine, dessen Leben und Habe, Weib und Kind solle den Soldaten preisgegeben werden.

Gegen sechstausend Mann stellten sich am 15. Mai bei der Haushamerlinde ein. Als es drei Uhr nachmittags geworden war, ließ Herbersdorf seine Soldateska, die sich bis dahin in einem nahen Gehölz verborgen hatte, vortreten und geeignete Plätze gegenüber der Menge einnehmen, dann ritt er selbst an die Bauernschaft heran und bedeutete den Männern, dass er mit ihnen einiges zu besprechen hätte, da aber ihrer zu viele wären, um ihn alle verstehen zu können, so sollten die Bauern aus ihrer Mitte einen Ausschuss wählen, mit welchem er reden könnte und welcher dann das Verhandelte den anderen mitteilen solle. Unter derlei trügerischen Worten ließ der Statthalter jede Pfarrgemeinde abgesondert sich stellen, begehrte dann von den Märkten Richter und Rat und von jeder Pfarre „Vierer, Achter und Zechpropst“ heraus. Ehe es sich diese versahen, waren sie auch schon von den Soldaten umringt. Nun ritt Herbersdorf in den Kreis der Gemeinden, wo er den Bauern die Schlechtigkeit ihrer Handlungsweise vorhielt, welche verdiente, dass sie alle den Soldaten preisgegeben würden; heute aber wolle er, der Statthalter, noch begnadigen, wenn alle geloben würden, sich zu fügen, katholisch zu werden, die katholischen Priester nicht zu behelligen, deren Gottesdienst an Sonn- und Feiertagen zu besuchen, wogegen man sie mit Beichten und Kommunizieren nicht übereilen, auch denen, die Protestanten bleiben und deshalb landesverwiesen würden, eine angemessene Frist ansetzen, innerhalb welcher sie ihre Häuser verkaufen und abziehen könnten. Wer Rädelsführer zu Ver-

haftung bringe, dem solle Hab und Gut des Verhafteten zufallen.

Zuletzt aber erklärte Herbersdorf, dass, da die Anstifter der Frankenburger Rebellion geflohen seien, andere dafür gestraft werden müssten und diese seien als die nächst jener Meistschuldigen Richter und Räte der Marktflecken, Achter, Vierer und Zechpropste der Pfarrgemeinden, denn diese hätten ihrer Amtspflicht zuwider nichts getan, um den Aufstand zu dämpfen, im Gegenteil sich als Ausschüsse gebrauchen lassen, hätten auch versäumt, beim Heranrücken Herbersdorfs die Rädelsführer zu verhaften; sie müssten jetzt also statt dieser büßen und kein Mensch dürfe von der Stelle, bevor dieses Strafgericht nicht vollzogen sei.

Ein Exempel mit anschließender Todesruhe

Als die waffenlose Menge den Statthalter so sprechen hörte, fiel sie erschrocken auf die Knie nieder, bat um Gnade, dankte für ihre Verschonung, gelobte allen an sie gestellten Forderungen nachkommen zu wollen, ja stimmte unter dem Zwange sogar zu, dass es recht und billig sei, wenn die Ausschüsse als Schuldige allein leiden würden. Nun ritt Herbersdorf aus der Volksmenge wieder zu den von seinen Soldaten bewachten Räten und Kirchpropsten zurück, hielt diesen allen ihre Untreue vor, meinte, dass sie hiefür Leib und Leben verwirkt hätten, auch wert seien, dass er sie alle lebendig rädern ließe; weil er aber schon Gnade versprochen, so solle ihnen dieselbe dergestalt widerfahren, dass sie, statt aufs Rad gelegt und dann gespießt zu werden, zu Gnade gehenkt würden. Obendrein solle noch der Hälfte von ihnen das Leben geschenkt sein, darum sollten je zwei und zwei miteinander würfeln, wer dabei die geringere Anzahl Augen werfe, der sei dem Tode verfallen.

Als bald wurde unter der grünen Haushamerlinde ein schwarzer Mantel ausgebreitet und nun würfelten darauf Paar um Paar von den unglücklichen 36 Opfern in Todesangst um ihr Leben. Wer verlor, wurde sogleich durch den Henker gebunden. Zwei ließ Her-

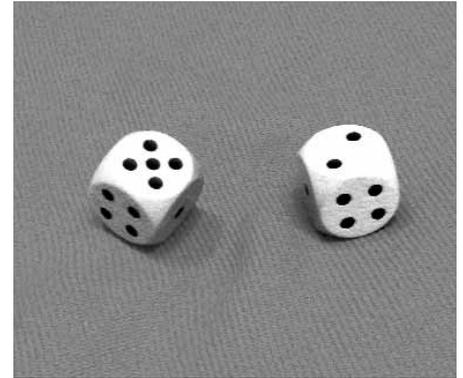


Foto: Eva Gebel

bersdorf auf Fürbitte Grünpachers wieder frei, die übrigen sechzehn aber wurden gehenkt (...). Am Samstag, dem 17. Mai, wurden die Leichen abgenommen, nach Vöcklamarkt geführt und an der Reichsstraße zwischen Mösendorf und dem Geymannholze auf 17 Spieße gesteckt, damit den Bauern und in den Märkten den Bürgern gezeigt werde, wie weit man es mit der Rebellion bringe. Von den Anstiftern der Unruhen bemächtigte man sich noch am 14. Mai des Färbergehilfen Siegmund, der dann zugleich mit den anderen Opfern am Frankenburger Kirchturm gehenkt wurde. Jene, welche beim Aufruhr in Zwischenwalden Sturm geläutet hatten, ließ Herbersdorf, so weit er ihrer habhaft werden konnte, an den Glockenstricken zum Turmfenster hinaushängen. Um ein für allemal jedweder Erhebung vorzubeugen, legte Statthalter Herbersdorf nach seinem Blutgericht bei der Haushamerlinde nach Frankenburg, Vöcklamarkt, Frankenburg, St. Georgen und Schörfling je hundert Musketiere. Im Khevenhüllerschen Herrschaftsgebiete herrschte infolgedessen fortan Todesruhe, so dass Grünpacher einen Bericht an seinen Herrn mit den Worten schließen konnte, es zeige sich nun bei den Untertanen nicht allein mit dem Kirchengehen, sondern auch in anderen Dingen ein so schöner Gehorsam, dass man sich wundern müsse und es werde künftighin die Obrigkeit ein viel besseres Hausen haben.

Katastrophale Folgen:

Für die hundert Musketiere, die in Vöcklamarkt garnisonierten, hatte der Ort in der Zeit vom 30. November 1626 bis zum 20. Mai 1627, also für etwa 28 Wochen allein die Summe von 1861 Gulden 3 Sch. 10 dl. zu zahlen, was dem Markt um so schwerer fiel, als sich

derselbe ohnehin stets in Geldnot befand. Zahllose Familien, welche vom Protestantismus nicht abließen, wanderten damals – meist nach Deutschland – aus, so dass zum Beispiel im Jahre 1627 zu Vöcklabruck von 116 Bürgerhäusern nur mehr 16 von Bürgern bewohnt waren. Eine Abordnung von Adeligen, welche beim Kaiser um Aufhebung des Reformationspatentes bittlich wurde, richtete nichts aus. Die finanzielle Lage des Landes war die denkbar schlechteste, die Städte stark verschuldet, Bürger und Bauernstand durch Auswanderung, Missernten, am meisten aber infolge der Repressalien des Statthalters und seiner Soldateska ganz heruntergekommen. Herbersdorf, den Niedergang Oberösterreichs erkennend, suchte – aber schon zu spät – Bürger und Bauern die Lasten zu erleichtern und begann mit der Abrüstung eines Teiles der im Lande befindlichen Truppen. Aber kaum bemerkte die Bauernschaft eine Verminderung des auf ihr lastenden Druckes, da schien ihr auch die Zeit gekommen, wo sie neuerdings mit Waffengewalt ihre Forderungen durchzusetzen zu können glaubte. Eben hatte der Statthalter einen großen Teil seiner Soldateska entwaffnen lassen, da erhob sich unerwartet ein allgemeiner Bauernaufstand im Lande. Die nach Deutschland ausgewanderten Protestanten wussten die unter dem Volke immer weiter um sich greifende Gärung zu schüren, ja, als der Aufruhr schon im vollen Gange war, kamen sogar einige der früher ausgewiesenen Prediger und Theologiestudenten ins Land zurück ...²

Was können, wollen, sollen wir daraus lernen?

Das Durchbrechen des gängigen Systems ist auch heute sehr schwierig. So, wie der Blick in weite Teile unserer Welt zeigt, werden auch heute noch Bauern und Bäuerinnen sowie Landarbeiter*innen mit falschen Versprechungen und unterschweligen Methoden von ihrem Hab und Gut vertrieben. Es gibt Hierarchien, durch die Systemunterstützer bevorzugt

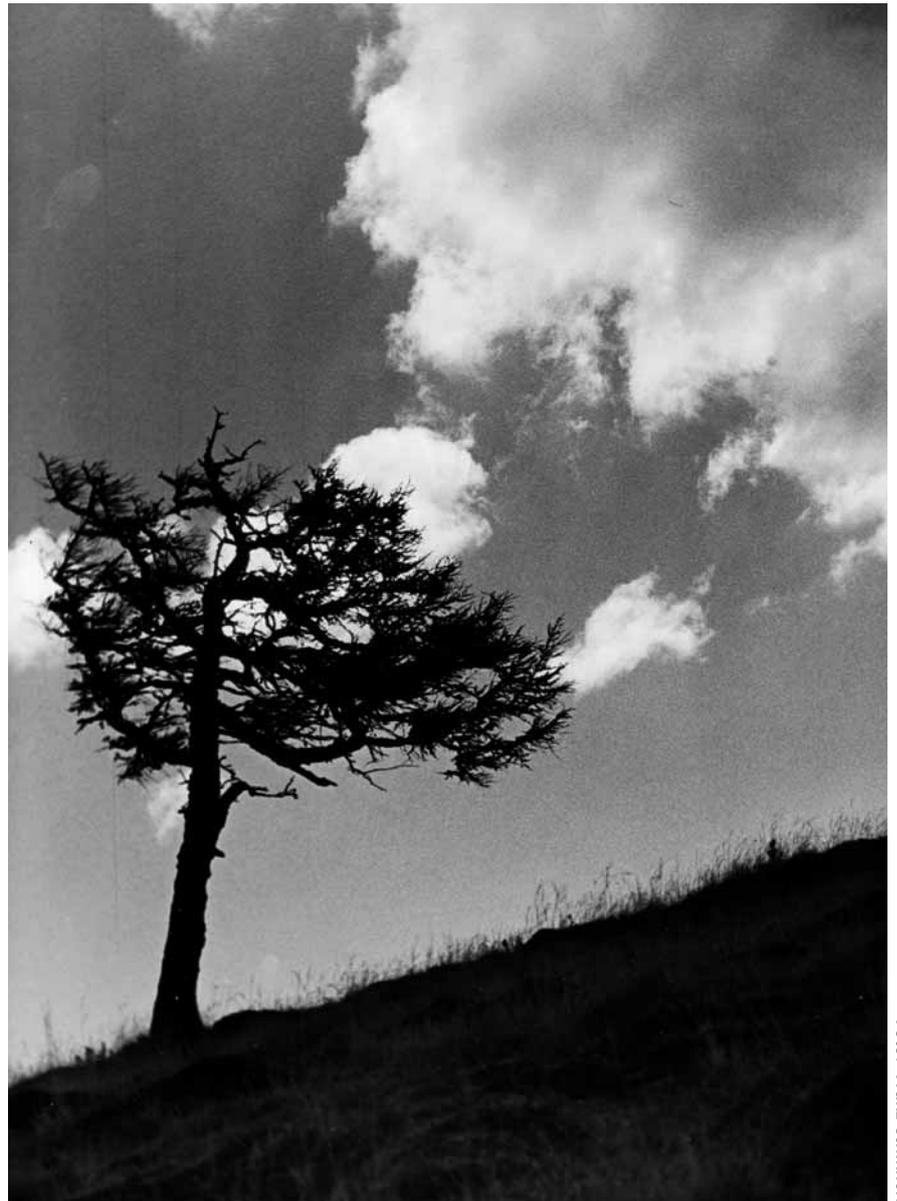


Foto: Franz Schinnerl

werden und Systemkritiker*innen gemobbt werden. Leider wird dies von den Systemmitläufer*innen toleriert.

„Zu vielen Menschen ist es gleichgültig, was geschieht, solange es nicht ihnen selbst geschieht“.

Bei der Auflösung der Freien Milch wurde dies erschütternd demonstriert. So wurden einige Betriebe sofort von Molkereien übernommen, um die Gemeinschaft zu schwächen, dann wurden die anderen in die Rolle der Bittsteller gedrängt. Dadurch wurden einzelne Be-

triebe in ihrer Existenz bedroht und massiv schlechter gestellt.

Wir hoffen, dass jetzt die Zeit gekommen ist, in der jeder und jede in Eigenverantwortung für die Gemeinschaft und unsere Erde einsteht, damit die Dienerschaft an diesen Systemen (Macht, Geld, Kontrolle ...) sich langsam verabschiedet.

*Hildegard Kriechbaum
siebenfache Mutter und Biobäuerin*

*Hildegard Bachler
Bäuerin
beide aus Pfaffing/Regionalgruppe Vöcklabruck*

² Quelle: Pfaffing.at; die Zwischentitel wurden von der Redaktion eingefügt

WALDGÄRTEN UND WALDGARTEN-ALLMENDE

Der Begriff Waldgarten beschreibt mehrjährige und mehrschichtige Mischkulturen nützlicher Pflanzen mit waldähnlichem Aufbau. Ein Nachtrag zur vorigen Ausgabe.

VON ROLAND TEUFL



Foto: Roland Teufl

Waldgärten haben im Vergleich zu einjährigen Kulturen einen geringeren Energie- und Pflegeaufwand und sind vielseitig nützlich: Sie geben uns Nahrung (Obst, Salat und Gemüse, Nüsse, Pilze, Baum-säfte, eventuell Honig), Medizin, Gewürze, verschiedenste Materialien (Holz, Fasern, Flecht- und Baumaterial, u. a. m.), Lebens- und Erholungsraum, Pollen für Wildinsekten und Bienen.

Seit langer Zeit gibt es Waldgärten, vor allem im subtropisch-tropischen Klima, wo sie oft um Siedlungen herum, zur Selbstversorgung, entstanden. Robert Hart brachte vor gut 40 Jahren die Idee der Waldgärtnerie nach Europa und legte den ersten Waldgarten in England an.

Was ist ein Waldgarten?

Ein Waldgarten orientiert sich in seiner Struktur am Wachstum eines natürlichen Wal-

des. Dabei werden unterschiedlichste Bäume und Sträucher verschiedenster Größen, ausdauernde krautige und bodenbedeckende Pflanzen und Kletterpflanzen so miteinander kombiniert, dass sich dabei möglichst viele positive Wechselbeziehungen zwischen den Pflanzen und anderen Elementen (Mensch, Tier, Boden, Wasser, ...) des Waldgartens ergeben.

Beim Waldgärtnern arbeitet der Mensch mit den natürlichen Dynamiken der Natur und nicht gegen sie. Da in Europa Wald üblicherweise die vorherrschende Vegetationsgesellschaft darstellt, sind Waldgärten eine Form der Landnutzung, die dem natürlichen Zustand des Waldes nahe kommt. Waldgärten sind jedoch nicht mit einem herkömmlichen „Holznutzungs“-Wald vergleichbar. Ein Waldgarten wächst in seiner Sukzession ähnlich wie ein Wald heran, ist aber vielmehr ein aufgelocker-

ter, nicht zu dichtbesetzter „Wald“, mit Lichtungen, vielen Rändern, Elementen und Strukturübergängen. Die vielgestaltigen Formen und Nischen schaffen Raum für das Gedeihen einer Fülle nützlicher Pflanzenkombinationen.

Im Verlauf seines Daseins durchlebt ein Waldgarten einen Sukzessionsverlauf. Zu Beginn werden meist erst einmal größere Bäume und Sträucher gepflanzt, sie geben dem Waldgarten seine „grobe“ Struktur. Später werden immer mehr bodenbedeckende und krautige Pflanzen eingefügt, und stellen die unteren Vegetationsschichten im Waldgarten dar. Der Arbeitsaufwand zur Etablierung eines Waldgartens ist zu Beginn somit meist höher als im Verlauf der Sukzession. Später steht dann die Ernte und fortlaufende Pflege des Waldgartens im Mittelpunkt, der Arbeitsaufwand sinkt allerdings mit der Zeit und das walddnahe Ökosystem trägt sich mehr und mehr selbst. Es stellt sich eine Landnutzungsform ein, die imstande ist, die aufgebrauchte Energie zur Pflege wieder in Form von Nahrung und anderen Gütern zu retournieren. Im Vergleich dazu wird in den allermeisten landwirtschaftlichen Nutzungen mehr Energie aufgewandt als in Form von Kalorien zurückkommt.

Selbsterhaltende Fruchtbarkeit und Selbstregulation

Ein wichtiges Ziel der Waldgärtnerie ist es, in Bezug auf die Nährstoffversorgung der Pflanzen, Menschen und Tiere ein möglichst fruchtbares, sich selbst erhaltendes und im Kreislauf geschlossenes „Agrar“-Ökosystem zu bilden. Der Eintrag an Energie (Arbeit, Öl, kcal) kann und sollte im Idealfall gleich oder niedriger sein, als die im Waldgarten erzeugte Energie/Biomasse (Nahrung, Holz/Brennstoff, diverse Materialien). Durch verschiedene ökologische Prozesse der Pflanzen wie Nährstoff-Wurzelaufschlüsse, Stickstoffbindung durch Leguminosen, Ölweiden, Erbsensträucher, Erlen und Co., ständige Bodenbedeckung, Laubfall u. a. m. wird Humus aufgebaut und somit eine zunehmende Bodenfruchtbarkeit erreicht.

Die Fähigkeit eines Waldgartens, selbst Störungen auszugleichen ergibt sich v.a. aus seiner vielfältigen Zusammensetzung und daraus folgenden symbiotischen Eigenschaften innerhalb des Waldgartens. So werden Nischen für eine Vielzahl an Lebewesen geschaffen, wodurch sich das Auftreten von „Schadorganismen“ und „Pflanzenkrankheiten“ wesentlich verringert.

Eine Waldgarten-Allmende entsteht

Seit 2013 gibt es in der Gemeinde Allhartsberg (Bezirk Amstetten, Niederösterreich) einen Gemeinschaftsgarten mit gemeinsamen Flächen und Parzellen für Gemüse- und Kräuteraanbau. Im Herbst 2013 wurden, rund um den Gemeinschaftsgarten beim Naturbad an der Ybbs, die ersten Obstbäume und Sträucher gepflanzt, mit der Intention, einen offenen Waldgarten für alle zu beginnen.

Die Erde niemandem – die Früchte allen!

Neben den Prinzipien der Waldgärtnerei, wird mit diesem Projekt auch das Konzept der Allmende wiederbelebt. Vielleicht wäre der Begriff „commons“ hier passender. Der Waldgarten ist jedenfalls offen für Interessierte, ganzjährig zugänglich und somit jederzeit nutzbar. Alle Menschen sind eingeladen, die Früchte des Waldgartens zu ernten und auch bei Pflanzungen und der Pflege des Waldgartens zu helfen. Ebenso wird das Wissen über Waldgärtnerei sowie die Verbreitung der Kulturpflanzenvielfalt gefördert. Im Waldgarten können neben Früchten auch Saatgut, Steckhölzer, Edelreiser und anderes Pflanzenvermehrungsmaterial kostenlos besorgt werden. Einige der Bäume, Sträucher und Kletterpflanzen müssen hierfür allerdings noch größer wachsen ...

Bei Waldgarten-Aktionstagen und -Wochenenden wird gemeinsam gearbeitet, gegessen und voneinander gelernt. Jährlich

gibt es dazu einen Frühlings-, Sommer- und Herbstaktionstag, darüber hinaus finden immer wieder Workshops im und um den Waldgarten statt. Die Waldgarten-Allmende ist ein Lehr-, Demonstrations- und natürlich auch Nutzgarten und soll helfen, die Ideen und Vorteile der Waldgärtnerei publik zu machen.

Seit dem Herbst 2013 wurden über 170 Obstgehölze und andere nützliche Bäume und Sträucher gepflanzt, es entsteht eine essbare Landschaft im öffentlichen Raum. Gemüsebäume und Maulbeeren, Ölweiden, Nashibirnen, Maronis, diverses Kern- und Steinobst, Beerensträucher, Kiwis, Wein und viele weitere Pflanzenraritäten, mehrjährige Gemüsearten und Kräuter warten darauf, entdeckt zu werden.

Wer Interesse an der Waldgarten-Allmende hat, und zukünftig über Workshops und Aktionstage informiert sein möchte, kann sich auf der Homepage des Gemeinschaftsgartens Allhartsberg in den Waldgarten-Newsletter eintragen. Zukünftig wird auch ein Bepflanzungsplan mit Gehölzliste online gestellt werden, um sichtbar zu machen, welche Früchte und Gehölze in der Allmende wachsen.

Waldgärten für eine ökologisch-zukunftsfähige Welt

Waldgärten schaffen wertvolle Landschaften und Lebensräume, sie geben uns Nahrung, Medizin, Materialien und vieles mehr. Sie sind eine spannende Möglichkeit für eine Subsistenz- und Selbstversorgungs-Landwirtschaft und ebenso für eine lokale Lebensmittelversorgung. Die Früchte, Blätter, Gemüse, Kräuter, Nüsse, Pilze, u. a. m. in einem Waldgarten, liefern kostbare Lebensmittel mit hohem Nährwert und geringem ökologischen Fußabdruck.

Angesichts des globalen und lokalen Rückgangs an Agro-Biodiversität sind Waldgärten eine Antwort, um Vielfalt und Produktivität von Landschaften zu erhalten und zu steigern. Durch die ökologisch-



Foto: Margit Gruber

verbesserten Eigenschaften des Waldgartens wird Wasser gespeichert, Humus aufgebaut, Kohlenstoff im Boden sequestriert und eine Landnutzung gewählt, die widerstandsfähiger gegenüber extremen Ereignissen wie Hitze, Starkniederschläge, Wind, usw. ist.

Waldgärten sind wertvolle Lebens-, Lern- und Erholungsorte für Menschen. Sie stärken die Autarkie und Autonomie und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung von Ernährungssouveränität sowie zur Gestaltung einer ökologisch-zukunftsfähigen, post-fossilen Welt.

„Die beste Zeit einen Baum zu pflanzen war vor 20 Jahren, der zweitbeste Moment ist jetzt.“ (Chinesisches Sprichwort)

Eine andere Welt ist pflanzbar!

Roland Teuffl

Waldgärtner in Niederösterreich

Links zu Waldgärten und ähnlichen Themen:

www.gega4all.at – Waldgarten-Allmende in NÖ (Bez. Amstetten, Mostviertel), Newsletter zur Waldgarten-Allmende

www.agroforestry.co.uk – Agroforestry Research Trust
www.pfaf.org – größte online-Datenbank über nützliche Pflanzen im gemäßigten Klima

www.perennialsolutions.com
www.edibleforestgardens.com

POSITIVE EINKOMMENSENTWICKLUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT

Analyse des Grünen Berichts 2017

Der Grüne Bericht 2017 mit den Daten für das Jahr 2016 ist wie immer eine umfassende Informationsquelle. Im Einkommensjahr 2016 kam es nach vier Jahren endlich wieder zu einer positiven Einkommensentwicklung. Die Methodik der Einkommensermittlung ist mit den Vorjahren nur teilweise vergleichbar.

VON GERHARD HOVORKA



Nach einem guten Einkommensanstieg im Jahr 2011 und danach vier Jahren in Folge mit negativer Tendenz war 2016 wieder ein Jahr mit positiver Einkommensentwicklung. Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft stieg im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 14% auf 28.042 Euro je Betrieb an (davon waren 7.230 Euro Sozialversicherung zu zahlen). Je betrieblicher Arbeitskraft nahm das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft um 14% auf 21.019 Euro zu. Der Einkommensanstieg kam vor allem durch höhere Erträge aus der Schweinehaltung, bessere Erntemengen bei Öl- und Hackfrüchten, steigende Erzeugerpreise und höhere Erntemengen im Weinbau und durch eine

deutliche Steigerung der öffentlichen Gelder zustande. Der geringere Holzeinschlag und die gesunkenen Holzpreise wirkten sich hingegen negativ aus. Der Ertrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4%, die Aufwendungen stiegen um 1%. Der Verschuldungsgrad der Betriebe betrug 10%. Das Eigenkapital konnte im Durchschnitt um 5.970 Euro erhöht werden (d.h. das verfügbare Haushaltseinkommen war im Durchschnitt höher als der Verbrauch). Allerdings war bei 44% aller Betriebe im Grünen Bericht der Verbrauch größer als das verfügbare Haushaltseinkommen.

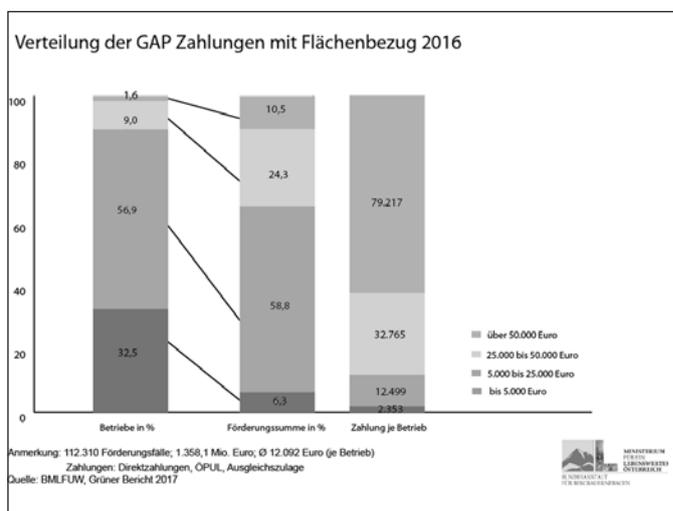
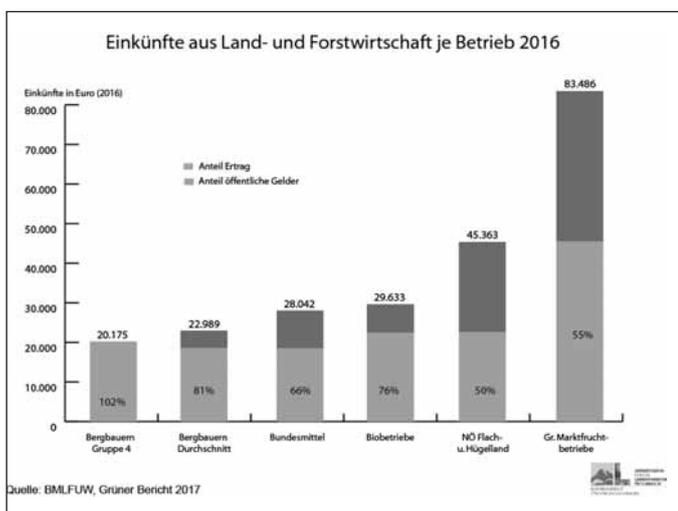
Nach Betriebsformen betrachtet konnten alle Betriebe mit Ausnahme der Forstbetriebe ein steigendes Einkommen aus

Land- und Forstwirtschaft erwirtschaften. Am stärksten war der Anstieg bei den Veredelungsbetrieben (+51%) und den Marktfruchtbetrieben (+34%). Die Forstbetriebe hatten ein Einkommensminus von 11,5%. Der Einkommensrückstand der Grünlandbetriebe (Futterbau) gegenüber den Marktfruchtbetrieben (17.823 Euro Differenz je Betrieb) ist im Jahr 2016 stark gestiegen. Bergbauernbetriebe hatten einen deutlich geringeren Einkommensanstieg (+5%) als der Durchschnitt der Betriebe (+14%). Bei den Biobetrieben stagnierte das Einkommen.

Nach Betriebsgrößen betrachtet waren die Einkommensunterschiede zwischen großen und kleinen Betrieben mit einem Verhältnis von 5:1 auch im Jahr 2016 massiv. Der Einkommensanstieg betrug bei den großen Betrieben 26%, bei den kleinen Betrieben nur 5%. Beispielsweise erzielten die großen Marktfruchtbetriebe ein Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft von 83.486 Euro je Betrieb, die kleinen Marktfruchtbetriebe von 16.962 Euro je Betrieb.

Vergleich Nebenerwerb und Haupterwerb

Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten 2016 im Durchschnitt mit 8.349 Euro je Betrieb nur knapp 16% des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbsbetriebe. Je betrieblicher Arbeitskraft (bAK) beträgt die Differenz zwischen Haupt- und Nebenerwerb fast 23.616 Euro. Das verfügbare Haushaltseinkommen der Nebenerwerbsbetriebe betrug aufgrund der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit insgesamt 34.813 Euro und ist deutlich geringer als jenes der Haupterwerbsbetriebe. Bei den Nebenerwerbsbetrieben war 2016 der Verbrauch knapp höher als das verfügbare Haushaltseinkommen.



Bergbauernbetriebe hatten geringen Einkommenszuwachs

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft stieg bei den Bergbauernbetrieben 2016 im Durchschnitt nur um 5%. Dadurch hat sich die Einkommensschere der Bergbauernbetriebe gegenüber den Gunstlagen vergrößert (Nichtbergbauernbetriebe: plus 26%). Der Rückstand beträgt 13.541 Euro bzw. 37% gegenüber den Nichtbergbauernbetrieben. Ohne Bergbauernförderung (Ausgleichszulage = AZ) wäre der Abstand zu den Gunstlagen viel größer. Bei Betrachtung des verfügbaren Haushaltseinkommens der Bergbauernbetriebe verringert sich der Rückstand auf 8.551 Euro je Betrieb. Noch deutlich größer ist die Differenz bei den extremen Bergbauernbetrieben (Erschwernisgruppe 4). Eine betriebliche Arbeitskraft (bAK) erreichte in der Erschwernisgruppe 4 nur 49% des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens der Nichtbergbauernbetriebe bzw. 35% der Marktfruchtbetriebe (Differenz: 26.321 Euro je bAK).

Einkommen der Biolandwirtschaft stagniert

Die Anzahl der geförderten Biobetriebe (+5%) und die Biofläche (+5%) sind 2016 gestiegen. Der Anteil der Biolandwirtschaft lag bei 19% an den Betrieben und 22% an den Flächen. Die größte Flächenzunahme entfiel auf die Bio-Obstanlagen (+28%). Die große Mehrheit der Biobetriebe (78%) sind auch Bergbauern-

betriebe. Das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Biobetriebe stagnierte bei 29.633 Euro je Betrieb und lag damit um 6% über dem Bundesdurchschnitt. Die Biobetriebe erhalten mehr öffentliche Gelder als der Durchschnitt der Betriebe (vor allem aus dem ÖPUL) und weisen eine günstigere Aufwandsrate (Aufwand/Ertrag) auf.

Agrarbudget nahm leicht ab

Im Jahr 2016 wurden mit 1,9 Mrd. Euro Budgetmittel um 2% weniger an EU-, Bundes- und Landesmittel für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet als im Jahr davor. Die Zahlungen für das ÖPUL sind hingegen gestiegen (insbesondere bei Bio, Naturschutz und Begrünung). Die Marktordnungsausgaben hatten einen Anteil von 38%, das Programm Ländliche Entwicklung von 45% und die zusätzlichen nationalen Fördermittel machten 17% aus. Der Anteil der öffentlichen Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen betrug 66% bzw. 17% am Ertrag. Bio- und Bergbauernbetriebe hatten im Durchschnitt auch im Jahr 2016 deutlich niedrigere Förderungen als die Marktfruchtbetriebe.

Ungleiche Verteilung der Förderungen

Im Maßnahmenjahr 2016 stiegen die flächenbezogenen Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe leicht auf 1,36 Milliarden Euro (Flächenprämie, ÖPUL,

AZ). Im Durchschnitt waren es 12.092 Euro je Betrieb. Diese Zahlungen sind sehr ungleich verteilt. Während 33% der Betriebe im unteren Förderbereich (bis 5.000 Euro) im Durchschnitt nur 2.350 Euro je Betrieb erhielten und einen Förderanteil von nur 6% hatten, lukrierten 1,6% der Betriebe am oberen Ende (über 50.000 Euro) 10,5% aller Fördermittel und im Durchschnitt 79.217 Euro je Betrieb. In den Genuss von jeweils über 100.000 Euro Direktzahlungen kamen 236 Betriebe, die zusammen 42 Mio. Euro (im Durchschnitt 178.358 Euro je Betrieb) erhielten.

Fazit

Im Jahr 2016 kam es nach vier Jahren mit negativer Einkommensentwicklung endlich wieder zu einem Einkommensplus in der Landwirtschaft. Die Bergbauernbetriebe konnten mit plus 5% allerdings nicht mit den Nichtbergbauernbetrieben (+26%) mithalten, daher vergrößerte sich der Einkommensrückstand weiter. Im Jahr 2016 konnte beim ÖPUL und bei der AZ eine höhere Fördersumme festgestellt werden. Dies sind auch die zentralen Leistungsabteilungen für jene Betriebe, die den gesellschaftlichen Wünschen an eine moderne Land- und Forstwirtschaft am besten entsprechen, die Bio- und Bergbauernbetriebe.

*Dr. Gerhard Hovorka
Mitarbeiter der Bundesanstalt für
Bergbauernfragen in Wien*

INTERNATIONALE KONFERENZ VON LA VIA CAMPESINA

Vom 16. bis zum 24. Juli 2017 kamen an die 500 Mitglieder von La Via Campesina aus der ganzen Welt im Baskenland/Spanien zusammen, um sich auszutauschen, zu feiern, zu diskutieren und La Via Campesina weiterzuentwickeln. Aus Österreich durften wir zu dritt teilnehmen und wollen hier unsere Eindrücke von dem beeindruckenden Treffen teilen.

VON DAVID JELINEK UND JULIANNA FEHLINGER



Fotos: Julianna Fehlinger

Wir Bäuerinnen und Bauern sind es, die die Welt ernähren ...

Dessen dürfen wir uns jeden Tag bewusst sein, wenn wir auf dem Feld, im Stall, im Haus oder auch im Büro arbeiten. Bei der Konferenz von La Via Campesina im Baskenland wurde das aber noch viel deutlicher spürbar. Durch einen Blick in den Saal konnte man* erkennen, welche große Diversität und großes Wissen im Raum versammelt war: Menschen aus Afrika, Süd-, Latein-, und Nordamerika, so vielen unterschiedlichen Teilen Asiens und auch einige aus dem Mittleren Osten sowie viele Menschen aus Europa und sogar einige aus Australien. Jeder Tag startete mit einer Mistica – einem Ritual, in dem jede Region ihre Schwierigkeiten in der Land-

wirtschaft mit einem kleinen Theaterstück darstellen konnte. In den meisten Misticas wurden die Probleme durch die Unterstützung von La Via Campesina und den Zusammenhalt zwischen den Bauern und Bäuerinnen spielerisch aufgelöst und der Weg in eine hoffnungsfrohe Zukunft gezeichnet.

Die Deklaration, die am Ende der Konferenz veröffentlicht wurde, machte noch besonders deutlich, dass wir es sind, die die Welt ernähren: „Industrielle Landwirtschaft und das Agro-Business erhalten große Summen an Subventionen. Auch, wenn wir von diesen Förderungen ausgeschlossen werden, produzieren wir, Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Indigene weltweit das, was wir seit Generationen

hergestellt haben: gesundes Essen für unsere Familien und die ganze Gesellschaft.“

Wir bauen die Bewegung für Ernährungssouveränität auf ...

Besonders beeindruckend war auch das große Team der Übersetzer*innen und Techniker*innen, die unermüdlich ihr Bestes gaben, um eine gute Kommunikation zu ermöglichen. So wurde die Konferenz in über zehn Sprachen simultan übersetzt. Doch oftmals ist es nicht nur die Sprache, die uns Hürden in der Kommunikation auferlegt: Auch die politische Kultur und die Methoden der politischen Debatte sind sehr unterschiedlich. Für die einen ist es wichtig, gemeinsam zu singen oder politische Slogans zu rufen, die anderen wünschen sich überzeugende Reden, andere sehen Podiumsdiskussionen als wichtigste Form des politischen Austauschs. Für die nächsten sind fokussierte Arbeitsgruppen, in denen möglichst alle zum Sprechen kommen, besonders wichtig oder auch das Zweiergespräch in der Pause besonders interessant. Auch diese große Diversität durften wir täglich erleben.

Dennoch gelang es, diese vielen Ideen und Bedürfnisse zu einem gemeinsamen inspirierenden und bestärkenden Ganzen zusammenzuknüpfen. Es gelang, einen Austausch über Methoden der politischen Bildungsarbeit zu ermöglichen und neuen Ideen für eine bessere Zusammenarbeit Raum zu geben.

Besonders die jungen Menschen (bis 35 Jahre) von La Via Campesina machten sich bei dieser siebten Konferenz bemerkbar. Sie forderten mehr Mitbestimmung ein und mehr Beteiligung am koordinierenden Kreis von La Via Campesina. Bisher waren jeweils ein Mann und eine Frau aus jeder Region vertreten gewesen. Europa ist beispielsweise eine dieser Regionen. Die jungen Menschen hatten bereits seit längerem den Vorschlag eingebracht, eine zusätzliche junge Person für jede Region in den

koordinierenden Kreis von La Via Campesina einzubinden, damit die Anliegen der jungen Menschen im ländlichen Raum mehr Gehör bekommen. Obwohl nicht alle Teile von La Via Campesina damit einverstanden waren, gelang es dennoch, das Anliegen lautstark einzubringen. Bei einem anschließenden klärenden Gespräch der Vertreter*innen der Jugend mit dem Koordinationskreis konnte ein Weg zur Lösung gefunden werden. Besonders jene Regionen, die bereits Jugendvertreter*innen haben, werden diese nun zu den Treffen entsenden und erste Erfahrungen sammeln.

... um die Welt zu verändern

Besonders beeindruckt hatte uns die große Kraft und Hoffnung, die von dem Treffen ausging. Sehr inspirierend waren die Gespräche mit Menschen aus ganz anderen Teilen der Welt, die aber dennoch eine ähnliche Vision von einer vielfältigen Zukunft haben und kreative Projekte umsetzen, um diese Wirklichkeit werden zu lassen.

Zum Abschluss der Konferenz zeigte La Via Campesina mit einer Demonstration Vielfalt auf den Straßen von Bilbao. Bei einer Exkursion zu verschiedenen Betrieben der EhneBizkaia, der Mitgliedsorganisation von La Via Campesina im Baskenland, staunten wir über die vielfältige bäuerliche Landwirtschaft, die dort erhalten werden konnte:

Wir besuchten den berühmten Markt von Gernika, wo jeden Montag zahlreiche Bauern und Bäuerinnen ihre Produkte feilbieten. Ein beeindruckender Sortenreichtum an Gemüse und Obst, Milchprodukten, Fleisch, bis hin zu Kleintieren und Haushaltsbedarf. Danach kamen wir zu einer Genossenschaft, die seit mehr als 20 Jahren als kleines Hofkollektiv Rohmilch, Joghurt und Käse aus Schaf- und Kuhmilch herstellt und direkt vermarktet. „Die Tiere, das Wetter oder der Boden, mit dem kommst du leicht zurecht, aber die sozia-



len Prozesse, die sind bei uns die wirkliche Herausforderung!“, brachte eine der Genossenschafterinnen das kollektive Leben am Hof auf den Punkt.

Weiter ging es zur Cidreria von Chapi, einem langjährigen Mitglied der EhneBizkaia. Eine Cidreria ist eine Art Moststube, in welcher es immer das gleiche 4-Gänge Menü gibt, der Cider jedoch nicht serviert wird, sondern der Gast sich diesen selber vom Fass ablassen und dabei das Glas möglichst weit weg vom Hahn halten muss, damit der Cider etwas spritziger wird. Für die Produktion des Ciders werden vorwiegend alte, autochthone Sorten verwendet, die ohne Zusatz von Hefen oder anderen Hilfsstoffen vergoren werden. Das 4-Gänge Menü ließ, so wie baskische Küche allgemein, keine Wünsche offen.

Interessant war, dass beide Betriebe vehement die Förderpolitik der EU ablehnen und daher auch keine Subventionen beziehen. Vom Verkauf der Produkte und nicht von öffentlichen Geldern leben zu können ist für sie ein klares politisches Ziel, das zwar

nicht immer leicht erreichbar ist, jedoch für viele Betriebe eine klare Priorität hat.

Nach dieser intensiven Woche mit Bauern und Bäuerinnen aus der ganzen Welt kamen wir erschöpft und sehr beeindruckt wieder zurück. Auch, wenn es immer wieder sehr herausfordernd ist, Teil eines so großen Netzwerks zu sein, ist es auch sehr bestärkend zu erfahren, dass sich über 200 Millionen Menschen weltweit für Ernährungssouveränität und die Anliegen von La Via Campesina einsetzen. Nur durch solche Bündnisse wird es uns gelingen, die Welt zu verändern.

*Julianna Fehlinger,
Bildungsreferentin und Geschäftsleiterin der
ÖBV-Via Campesina*

*David Jelinek,
Vorstandsmitglied der ÖBV-Via Campesina*



FAHRN, FAHRN, FAHRN AUF DER AUTOBAHN?

Reim eines Kinderliedes? Abbild der herrschenden Verkehrs- und Wirtschaftspolitik? Das Auto, Inbegriff von Mobilität und Wohlstand? In Österreich favorisieren Politiker und Straßenbaulobby nach wie vor den Bau von Schnellstraßen. – Auch, wenn Siedlungen und Biotope durchschnitten, große Flächen fruchtbaren Bodens beansprucht werden und sich heftiger Widerstand aus der Bevölkerung regt. Recherche und Betrachtungen zum geplanten Bau der S 34 durch das Traisental.

VON MONIKA GRUBER



Foto: Margit Gruber

Wo wird angesichts von Klimaerwärmung und Peak Oil an neuen Verkehrskonzepten gearbeitet? Ich überfliege eine Zeitungsseite und schiebe sie auf den Stapel mit Altpapier. „Vorarlberger kauften so viele Autos wie nie zuvor“ titelte eine Zeitung über die satten Zuwächse des vergangenen Jahres. Am Tisch steht noch ein knallrotes Matchboxauto, mit dem das Enkelkind spielte. Ich lasse das Fahrzeug über die Tischplatte rollen und stelle es ins selbst gebastelte

Parkhaus aus Karton, zweite Etage. Im Hintergrund läuft der Fernseher. Bilder von einer Sturmflut werden gezeigt, ein Reporter vor Ort eingeblendet. Hinter ihm können die Zuschauer*innen einen meterhoch überfluteten Stadtteil sehen, und Bäume, die sich bedrohlich im Sturm neigen.

Auf dem Fußboden liegt noch ein einzelnes Rad von einem zerbrochenen Spielzeugauto. Tja, das ist schon eine Weile her, dass in der Menschheitsgeschichte das Rad (4.000 v. Chr.) erfunden worden ist. Wie auch die Ursprünge der umstrittenen S 34 ein Stück weit zurückliegen in der Geschichte: in der Nazizeit. Damals sollte eine Schnellstraße mitten durch Niederösterreich führen, um eine schnelle Truppenbewegung auf der Nord-Süd Achse zu ermöglichen. Das Traisental erscheint dazu ideal. Als Nazi-Deutschland ausrechnet, Kriegsmaterial lasse sich mit der Bahn günstiger transportieren, verwirft es die Idee wieder.

1973 sehen sich Häuslbauer, Siedlungen und Bauern in Traisen und Wilhelmsburg über Nacht mit dem Bau einer vierspurigen Autobahn konfrontiert. Die S 33 von Krems nach St. Pölten soll bis nach Lilienfeld verlängert werden. Der Bau scheint unausweichlich. Die Pflöcke für die Trasse sind bereits geschlagen. Das Vorhaben kommt überraschend ans Licht der Öffentlichkeit. Politiker werben mit Slogans wie „Verkehr ist Leben“ für die „Notwendigkeit“, St. Pölten mit Graz zu verbinden. – Nach Protesten von Anrainerinnen und Anrainern wird es still um die S 34, die Planung 20 Jahre später eingestellt.

Im Jahr 2005 kommt das Vorhaben auf Betreiben des Landes NÖ wieder auf den Tisch. Politiker erklären der betroffenen Bevölkerung des Traisentales, „... dass Niederösterreich sich ohne diese Schnellstraße nicht mehr entwickeln kann, tausende Arbeitsplätze hängen von ihr ab, die Region stirbt, wenn nicht sofort eine vierspurige Autobahn durch das Traisental gebaut wird.“ Landeshauptmann Pröll wirbt mit 3.000 Arbeitsplätzen und „dass auf höher-rangigen Straßen das Unfallrisiko um bis zu 80 Prozent sinkt.“

2006 wird die von der Gemeinde Wilhelmsburg in Auftrag gegebene Stellungnahme des Verkehrsexperten Hermann Knoflacher veröffentlicht. Er kommt zum Schluss, die S 34 und die Umfahrung von Wilhelmsburg verstärken das Verkehrsproblem. Zudem würde die S 34 einigen gesetzlichen Richtlinien der Alpenkonvention widersprechen. Die Grünen fordern, die Planung sofort zu stoppen.

Mit dem Krisenjahr 2008 gerät das Projekt unter Sparzwang. Die technische Realisierung wird hinterfragt und die geplante Trasse kurzerhand auf die Spange westlich von St. Georgen verlegt, die günstiger zu verwirklichen sei.

2012 werden die Pläne vorgestellt, die Bevölkerung soll informiert werden. Die Asfinag-Baugesellschaft rechnet mit 100 Grundbesitzenden, mit denen verhandelt werden müsse. Der Geschäftsführer glaubt nicht, dass die zu erwartenden Proteste der Bevölkerung das Projekt zum Scheitern bringen könnten. Große Teile der Schnellstraße betreffen landwirtschaftliche Flächen.

2017 – von 5. April bis 30. Mai kann Einspruch von Seiten der Bürgerbewegung eingebracht werden. Die Asfinag rechnet damit, Ende 2018 die Bagger aufzufahren, um den ersten Abschnitt zu bauen. „Verbesserung der Erreichbarkeit des NÖ Zentralraums und der Landeshauptstadt St. Pölten“ wird als Ziel definiert auf der Homepage der Asfinag. Bedeutet: Autos sollen besser nach St. Pölten kommen können. Der Bürgermeister von St. Pölten befürchtet: „Ohne S 34 droht der Stadt der Verkehrskollaps!“ – Die fachliche Expertise spricht aber dagegen. Das Verkehrsinstitut der TU-Wien formuliert im Schlusssatz „dass die Entwicklungen im Verkehrssystem den Bau der S 34 nicht rechtfertigen!“

September 2017: Die S 34 wird weiter geplant. – Und was planen Sie? Den Kauf eines Abos der „Bäuerlichen Zukunft“, das sie vergleichsweise ganz einfach bestellen können:

bauerliche.zukunft@chello.at

Fax 01 – 958 40 33

Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
06474-8164
trimmingerhof@aon.at

VORARLBERG

Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel.: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL

Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

OBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 0664-73566685
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel.: 07235-71 277 o. 0664-23 49 137
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
0681-20504948
johann.schauer@viacampesina.at

STIERMARK

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel.: 03579-8037
florian.walter@viacampesina.at

KÄRNTEN

Paul Ertl
Oberdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel.: 0664-3835613
paul.ertl@boku.ac.at
Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel.: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND

David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Werbt Abos ...

... und macht Bauern und Bäuerinnen zu kritischen Denker*innen!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Darüber hinaus ist es für die ÖBV hilfreich, einen möglichst hohen Grad an Eigenmittel zu erreichen, um auch ökonomisch unabhängiger zu sein.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weiterzureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.

**Mitgliedschaft und/oder Abonnement**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 38 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-Bäuer*innen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 38.

Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden
 Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
 Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 28 bzw. Euro 32 (Ausland)

Name:

Adresse:

Bauer/Bäuerin aktiv nicht aktiv

Anderer Beruf:

Telefon: e-mail:

Datum: Unterschrift:

- Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabon zum Preis von Euro 28 bzw. Euro 32 (Ausland) für:

Name:

Zustelladresse:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Tel.: 01-89 29 400, office@viacampesina.at, www.viacampesina.at



WELTWEIT ERFAHRUNG TEILEN

Maßgeschneiderte Freiwilligendienste für Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung

voluntaris
weltweit.erfahrung.teilen

www.voluntaris / info@voluntaris / 0664 8831 6583



Foto: Barbara Hable

ÖBV-Info siehe Bildungskalender

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1

A-1090 Wien

+43/1/89 29 400

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M

